

## Alarm bei Arbeitslosenzahlen

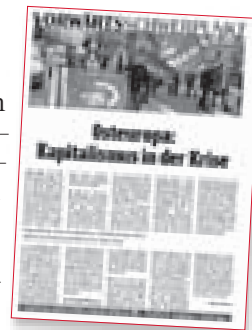
**Neue Statistiken** zeigen einen starken Anstieg der Arbeitslosigkeit. Selbst die geschönten Zahlen sprechen eine eindeutige Sprache: Auch Österreich kommt aus dem Strudel der Krise nicht hinaus. Besonders Jugendliche geraten in einen Teufelskreis aus unbezahlten Praktika. Regierung und Unternehmen wollen Arbeitslose noch mehr unter Druck setzen. **Seite 2**

## Berlusconi is back

**Italien:** Der zweitwichtigste Handelspartner Österreichs steckt in der Krise – und wird Berlusconi nicht los. Italien gilt zunehmend als unregierbar. Doch Pepe Grillo ist nur wenige Monate nach seinem Wahlsieg entzaubert. Die Linke ist trotz massiven Unmuts in der Bevölkerung schwach und orientierungslos und so kann Berlusconi wieder auf(er)stehen. **Seite 12**

## Schwerpunkt

**Osteuropa** 25 Jahre nach der Wende: Die Probleme nehmen zu. Doch damals gab es nicht nur den Weg zum Kapitalismus und auch heute wird die ArbeiterInnenklasse immer aktiver. **Seiten 7-10**



# VORWÄRTS

**SLP**  
Sozialistische Linkspartei

Normalpreis € 1,-  
Solipreis € 2,-

Die Sozialistische Zeitung seit 1983

Nr. 219 | 6.2013



# Kapitalismus = Korruption & Krise!

**Hierzulande** vertrauen nur 5,4 % der Regierung. Kein Wunder: Der Reigen aus Korruption und Unfähigkeit gepaart mit Spitzenbezügen und Abgehobenheit durchzieht alle Parteien. Manche lassen den

kommen, während wir unter steigenden Gebühren stöhnen.

**ALLE** Parlamentsparteien spielen hier mit. Der Kärntner Geschenkekaiser Dörfler wird von der

verstrickten Ex-Innenminister mit dem Tiroler Landeshauptmann (16.320.-/Monat). "Zu schön, zu intelligent" Grasser war Teil der ÖVP-Regierungsmaschenschaft. Die SPÖ verzoct in Salzburg Millionen; in Wien werden große Teile der Infrastruktur durch Cross-Boarder-Leasing de facto privatisiert. Das BZÖ hängt bei den blauen Skandalen mit drin und Stronachs Team ist eine gewerkschaftsfeindliche Söldnertruppe. Die Grünen hatten bisher weniger Möglichkeiten, doch der Wunsch "mitzugestalten" (also sich an die Futterträge der Macht zu hieven) ist unübersehbar.

**Für die Wahlen** im Herbst werden sie alle viel versprechen. Gleich bleibt das System, das auf abgehobenen PolitikerInnen und ihrer Abhängigkeit von der Wirtschaft aufbaut. Ein bisschen mehr Volksbefragungen ändern nichts, wenn gleichzeitig Entscheidungen über die Vernichtung von Jobs und den Druck auf Löhne in den Chefetagen fallen. Die SLP wird bei der Wahl antreten. Wir tun das, weil es keine neue sozialistische ArbeiterInnenpartei gibt und es notwendig ist, auch auf der Wahlebene eine Alternative anzubieten. Doch die Kandidatur ist nur ein Teil unserer Ar-

beit – werde Teil einer Organisation, die gegen die etablierte Politik und gegen Kapitalismus aktiv ist. Denn Korruption gehört zum Kapitalismus und wird nur mit ihm gemeinsam beseitigt werden!

**Sonja Grusch**

## Mit der SLP eine sozialistische Alternative aufbauen!

feudalen Fürsten raushängen. Beim Kontakt mit "dem Volk" wird darauf geschaut, dass keine kritischen Töne laut werden. Und PolitikerInnen, die die Staatskasse als Selbstbedienungsladen verstehen, damit aber davon

FPÖ mit einem Bundesratsmandat (4000.-/Monat) belohnt. Der "soziale" Strache zieht in eine Luxusvilla, deren Miete weit über dem Durchschnittseinkommen liegt. Die ÖVP belohnt ihren im Eurofighter-Korruptionssumpf

### Die SLP fordert:

- Durchschnittseinkommen für PolitikerInnen
- Offenlegung der Firmenbücher – wir wollen wissen, wo die Gewinne aus unserer Arbeit gelandet sind
- Schluss mit der Politik im Sinne von Banken & Konzernen

**Der Standpunkt**



**von Sonja Grusch** Es gibt mies gefärbte bzw. bedruckte Textilien, wo nach dem ersten Waschen die Farbe draußen ist. Die neuen SPÖ-Plakate erinnern mich daran. Viele Jahre Erfahrung in und mit der SPÖ haben mich gelehrt, dass hier nicht "in der Wolle" gefärbt wurde, sondern nur wahlkampfstrategische Aufdrucke produziert werden. Die SPÖ-Plakatserie steht im Widerspruch zu ihrer Praxis. "Die Partei der Arbeit"? – Nulllohnrunder in Wien, Salzburg und bundesweit. "Mieten, die man sich leisten kann"? – seit über zehn Jahren werden in Wien keine Gemeindebauten mehr gebaut, sondern mit öffentlichen Geldern Genossenschafts-

## Ich mag Rot - aber die Färbung sollte schon fasertief sein!

wohnungen errichtet, die ein hohes Startkapital der MieterInnen verlangen. "Arbeit, von der man leben kann"? – prekäre Jobs nehmen auch im Öffentlichen Dienst, auch in Wien zu. "Gegen die Herrschaft der Milliardäre"? – millionenschwere Förderungen für Unternehmen und Banken, die durch Sozialabbau finanziert werden und zugleich millionenschwere Mitglieder wie Androsch und Gusenbauer. Die roten Plakate sollen an die "ArbeiterInnenpartei SPÖ" erinnern. Es ist der Versuch, GewerkschafterInnen, die dabei sind, mit der SPÖ zu brechen, als WählerInnen zu behalten. Und auch jene Älteren, die sich noch an eine SPÖ erinnern können, die sich noch nicht völlig den Interessen des Kapitalismus untergeordnet hatte. Doch es fehlt die Einheit von Wort und Tat. Denn tatsächlich ist KEIN Kurswechsel der SPÖ zu erkennen. Die soziale Rhetorik wird schon länger wieder hervorgekramt. Aber den Worten folgen keine Taten, bzw. wenn Taten folgen, dann sind sie weitere Angriffe auf MieterInnen, ArbeiterInnen und sozial Schwache. Ich möchte, dass mein T-Shirt nach der (Wahl-)Wäsche genauso rot ist wie vorher. Und weil das Alte kaputt und schwarz gefärbt ist, brauch ich ein neues. Also eine neue Partei für ArbeiterInnen.

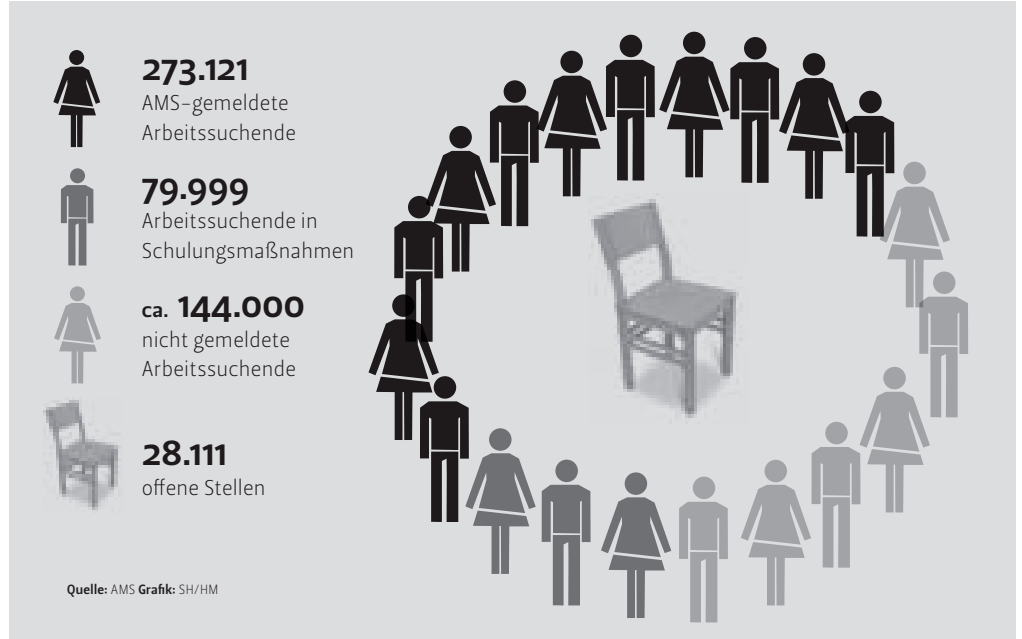
**Impressum:**

Eigentümer, Herausgeber Verleger & Redaktion: Sozialistische Linkspartei (SLP), Pappenheimgasse 2/1, 1200 Wien. | Druck: digiDruck.at, 1100 Wien, Herstellungs- und Verlagsort: Wien, | DVR: 0820202 | Zulassungs-Nr.: 327808W97U Abo-Zahlungen & Spenden: PSK (BLZ 60 000) Kto-Nr. 8812.733

## Jugendliche im Teufelskreis: AMS - Prekär und retour

**Regierung,** Unternehmen und AMS sind Partners in Crime. So ist die „Ausbildungsgarantie“ der SPÖ für Jugendliche ein blanker Hohn – denn darunter fallen auch die Zermürbungs-Schulungen des AMS. Offene Lehrstellen gibt's dafür weniger. Die FPÖ will Unternehmen Geld hinterherherschmeißen, die sich erbarmen, Lehrlinge aufzunehmen – über Arbeitsbedingungen oder Jobgarantie schweigt sie aber. Die Jugendarbeitslosigkeit steigt,

obwohl immer mehr Jugendliche ihre Zeit in Pseudo-Maßnahmen absitzen müssen. Praktika sind nicht nur Mangelware, sondern (zum Wohle der UnternehmerInnen) in den seltensten Fällen bezahlt – auch weil man sonst die Bezugsgrenze des AMS überschreiten könnte! Immer mehr Jugendliche fallen in den Teufelskreis AMS-Schulung – prekäre Arbeitsverhältnisse – endloses Warten – keine Zukunft.



## Massenphänomen Arbeitslosigkeit

**Trotz** aller hohler Phrasen und Wahlkampf-Versprechungen aus dem Parlament steigt die Arbeitslosigkeit immer schneller –

im AMS eine effektive Hilfe zum Wiedereinstieg zu finden, wird bald mit der harten Realität konfrontiert: Darum geht es dem

ist daran gekoppelt, „für den Arbeitsmarkt zu Verfügung zu stehen“. "Notwendige Dequalifikation" – weil den Markt nicht in-

## Weniger Jobs – Mehr Repression – und kein Ende in Sicht.

im Vergleich zum Vorjahr um 10 %. Dass Österreich im internationalen Vergleich vergleichsweise gut dasteht, liegt daran, dass die Krise uns erst verspätet erreicht – und an den Tricks der österreichischen Politik, durch „Maßnahmen“ und „Schulungen“ die Rate künstlich niedrig zu halten.

Für über 300.000 Menschen ist das AMS die Institution, die ihr Schicksal verwaltet. Wer hofft,

AMS nicht. Auch wenn sich individuell BetreuerInnen sicher Mühe geben – die Aufgabe des AMS ist es, Arbeitslose den Lauenen der UnternehmerInnen und des Arbeitsmarktes gefügig zu machen. End- und sinnlose Kurse, die dich zermürben. Die konstante Angst, als „arbeitsunwillig“ abgestempelt zu werden und Bezüge gesperrt zu bekommen – denn die ohnehin zu niedrige Mindestsicherung

teressiert, wie du dir dein Leben vorgestellt hast. Derweilen verstärken die UnternehmerInnen die Angriffe auf die letzten brüchigen Säulen des Sozialstaats. Als Reaktion auf die neuen Statistiken forderte die Industriellenvereinigung allen Ernstes, „Leistung zu entlasten, Erfolgsprämien steuerlich besser zu stellen und die Arbeitszeitflexibilisierung voranzutreiben“.

**Sebastian Kugler**



## Wie Arbeitslosigkeit effektiv bekämpfen?

**Im SchülerInnenparlament** am 28.5. stellte der SLPler Gabriel Winkelmüller einen Antrag auf 1.200 € netto Mindestlohn und 30h/Woche Maximalarbeitszeit für Praktika. Das würde dem systematischen Missbrauch von Jugendlichen in Praktika einen Riegel vorschieben. Das braucht es aber auch gesamtgesellschaftlich! Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn und Personalausgleich würde auf einen Schlag zehntausende Arbeitsplät-

ze schaffen. Unbefristetes Arbeitslosengeld in Höhe des Mindestlohns nähme der Repression gegen Arbeitslose den Wind aus den Segeln. Weinerliche Ausreden von Seiten der Unternehmen, dass man sich das „nicht leisten“ könne, werden durch die Realität widerlegt: Die Profite erreichen Vorkrisenniveau, doch die großen Unternehmen schütten immer höhere Dividenden aus, anstatt zu investieren.

# Die Grünen: Die saubere ÖVP?!

Die Grünen werden wohl bald in vier Bundesländern in der Regierung sein, in dreien davon mit der ÖVP. Man könnte mei-

gerinitiativen sowie Au- und HausbesetzerInnen. Allerdings setzten sich letztlich gegen die Linken, die in die Partei gingen,

reich, wo die grüne Parteiführung schon 2003 vollkommen umgefallen ist: Seither wurden Nulllohnstunden und Kürzun-

Posten angeboten hätte. Doch sieht man vom Aspekt der dreifachen ÖVP-Koalition ab, dann sticht eine neue Besonderheit ins Auge, welche sich in Salzburg herauskristallisiert hat: Die Grünen scheuen auch nicht davor zurück, mit dem gewerkschaftsfeindlichen, neoliberalen Team Stronach zusammenzuarbeiten.

Das bürgerliche Establishment ist in der Krise und braucht ein neues, stabiles Standbein – diese Aufgabe übernehmen die Grünen nur zu gerne. Aber was fehlt, ist keine weitere bürgerliche Partei, sondern eine sozialistische ArbeiterInnenpartei, die soziale und ökologische Fragen miteinander verbindet.

**Clemens Wiesinger**

## Wie die Grünen eine vielbenötigte und "saubere" Alternative zur ÖVP für die Bürgerlichen liefern

nen, die vermeintlich linken Grünen – setzt sich doch ein Teil ihrer WählerInnen aus Link(s)liberalen zusammen – seien ein Satellit der ÖVP oder gar eine eigene bürgerliche Partei. Mit dieser Vermutung liegt man ganz richtig, dazu braucht man nur ihre Entwicklung betrachten.

Die Grünen sind ein Konglomerat aus verschiedenen Kräften, herausgebildet v.a. aus Bür-

auf allen wesentlichen Ebenen die bürgerlichen PragmatikerInnen durch. Dies rührt vor allem auch daher, dass die Linken keine organisierte Gruppe innerhalb der Partei bilden, wodurch koordiniertes Vorgehen und ein gemeinsames Ziel fehlen.

Schaut man in die Realität der Regierungsarbeit, erkennt man schnell die bürgerliche Handschrift. Ganz klar merkt man dies in Oberöster-

gen im Gesundheitswesen mitgetragen ebenso wie auf Bundesebene Bekenntnisse zum EU-"Rettungsschirm" (zur Bankenrettung finanziert durch Sozialabbau) abgegeben.

Im Wahljahr 2013 geben sich die Grünen staatstragend, in Salzburg wird sogar einer Koalition mit der ÖVP der Vorzug gegeben, obwohl die SPÖ ihnen sogar den Landeshauptfrau-



## Der rechte Rand

Mit Barbara Rosenkranz wurde eine der wenigen zentralen rechts-extremen Frauen abgesägt. Ohne Mitleid erregen zu wollen: Frauen haben es schwer im rechtsextremen Milieu. Burschenschaftler schmücken sich mit „Damenbegleitung“ und die FPÖ hat ein paar weibliche Abgeordnete, die aber – mit Ausnahme von Susanne Winter – eher still sind. Neben ihrem Islamhass ist Winter mit der „Monsanto-Weltherrschaft“, der „Klima(-Wandel)lüge“ oder der „linksextremen Verschwörung“ hinter der „EU-SSR“ beschäftigt.

Die NPD erklärte: „Deutschland ist auch Frauensache“. Besonders im Wahlkampf spielen NPD-Frauen die Rolle der harmlosen, besorgten Mutter; darüber hinaus haben Frauen kaum eine politische Funktion.

Die FPÖ schafft nicht einmal das. Sowohl Mitgliedschaft als auch Wähler sind überwiegend männlich. Selbst jugendliche Strukturen wie die „Identitäten“ schaffen keinen politischen Zugang zu Frauen. Auf der letzten Veranstaltung der Gruppe waren nur ca. 4 Frauen anwesend. Es ist nicht nur das Weltbild, auch die politische Praxis der FPÖ ist frauenfeindlich: Frauenhäuser z.B. würden die Familien zerstören und sollten daher abgeschafft werden. Die „Initiative Freiheitlicher Frauen (IFF)“ sieht die Hauptgefahr für Frauen im Islam und dem „Gender-Wahn“.

Neben dem verpöferten Bild der Hausfrau und Vielfach-Mutter gibt es aus dem rechtsextremen Lager auch Versuche, auf die Rollenbilder zu reagieren, sich moderner bis hin zum Nationalen Feminismus zu präsentieren. Österreich hinkt bei diesen Versuchen noch (!) hinterher.

## Arbeitslosigkeit in Zahlen

Im April 2013 waren in Österreich 353.120 Menschen (inkl. SchulungsteilnehmerInnen) arbeitslos; die offizielle Quote (österreichische Berechnung) liegt bei 7,3 %. Im Vergleich zum April des Vorjahres ist das ein Plus von 31.303 Personen oder 9,7 %. Im Detail: Männer +10,4 %; Frauen +6,2 %; über 50-Jährige +12,7 %; MigrantInnen +14,3 %. Die Schulungsteilnahme steigt (+ 14,3 %) – das schön die Statistik.

Dem stehen 28.111 offene Stellen gegenüber – das ist im Vergleich zu 2012 ein Minus von 12,2 %. Waren 2007 „nur“ 58.675 Menschen ohne Job in Schulungen, befinden sich dort heute 79.999 Arbeitslose – im „Vorjahres-Vergleich“ +14,3 %. Zusätzlich sind rund 144.000 Menschen nicht arbeitssuchend gemeldet oder können kurzfristig keine Arbeit annehmen (ca. 39.000 Arbeitssuchende) – insgesamt wei-

tere 4,2 % der Erwerbsbevölkerung.

Durchschnittlich betrug die Dauer der Arbeitslosigkeit im April 104 Tage, das ist ein Anstieg um zwei Tage im Vergleich zum Vorjahr. Die aktuelle Anzahl der Langzeitarbeitslosen (länger als 12 Monate) beträgt offiziell nur 6.124. Diese niedrig anmutende Zahl ist jedoch nur durch Kurse zu halten, ohne Kurse läge der Anteil bei 20-25 %.

40.891 der 15-24-Jährigen suchen einen Job. Die Jugendarbeitslosigkeit liegt bei 7,6 % und ist im Vorjahresvergleich um 5,1 % gestiegen. Die Zahl der Lehrstellen sinkt: 4.266 Suchende – 3.367 offene Plätze: -9,3 %. Dazu kommen 75.000 Jugendliche, rund 8,5 %, die weder einen Job haben noch in einer Maßnahme sind. Sie fallen aus allen Rastern und sind gefährdet, langfristig arbeitslos zu sein.

Am 16.6.1976 versammeln sich tausende SchülerInnen im Township Soweto in Südafrika, wo die schwarze Bevölkerung zusammengepfercht und von den Weißen abgeschotet wird. Sie protestieren gegen die Einführung von „Afrikaans“ als Unterrichtssprache. Schwarze SchülerInnen beherrschen diese Sprache der weißen Herrschaft selten, ihre ohnehin schlechten Chancen auf Bildung werden vernichtet. Die Polizei geht mit scharfer Munition vor und löst damit eine Revolte aus.

Der Aufstand ist Ausdruck der wirtschaftlichen Not: Trotz Nachkriegsaufschwung und Industrialisierung verschlechtert sich die Si-

**Frisch gekämpft, ist halb gewonnen!**

tuation der Massen. Die Weltwirtschaftskrise der 1970er führt zu einem weiteren Auspressen und zu einer neuen Welle von Klassenkämpfen.

Die rohe Gewalt gegen Jugendliche führt zur Ausdehnung der Proteste. Die Forderungen bleiben nicht bei der Bildung – der Sturz der Regierung ist erklärtes Ziel. Da dafür Schulstreiks nicht reichen, suchen sie erfolgreich den Schulerschluss mit der nach erfolgreichen Streiks in den Jahren zuvor kämpferischen ArbeiterInnenklasse. Es kommt zu mehreren Generalstreiks.

Die Regierung jagt die Führung der Revolte: im Sommer 1977 sind alle gewählten VertreterInnen verhaftet oder im Exil. Ohne Koordination der Kämpfe verebbt der Aufstand nach 20 Monaten. Doch eine neue Generation wird in den Kämpfen politisiert, die ArbeiterInnenklasse betritt erneut die Bühne der Geschichte – der Anfang vom Ende des Apartheid-Regimes.

Flo Klabacher



## Jobverluste trotz Megaprofiten!

12.600 Menschen arbeiten in Österreich für Siemens. Über 1.000 dieser Arbeitsplätze könnten bis Ende des Jahres abgebaut wer-

nen in Solaranlagen in den Sand gesetzt.

Doch auch die internationale Wirtschaftskrise macht dem Konzern zu

re Ausmaß der geplanten Jobverluste bekommen. Bislang haben sich sowohl das Management als auch die sozialdemokratische

nen Weg in die frühe Pension sehen. Das ist verständlich. Es muss aber klar sein, dass jeder verlorene Arbeitsplatz auch für zukünftige Generationen verloren ist.

LeiharbeiterInnen bei Siemens kämpfen für einen eigenen Betriebsrat zur Durchsetzung ihrer Interessen. Das muss vom Gesamtbetriebsrat und den Gewerkschaften unterstützt werden! Gleichzeitig sollten sich kampfbereite KollegInnen so schnell wie möglich vernetzen. Ein Treffen außerhalb der Arbeitszeit könnte ein erster Ansatz sein, eine Betriebsversammlung ohne Spitzel vom Management ebenso. Der Widerstand muss gut organisiert werden!

Christian Bunke

*Siemens-Konzern rechnet heuer mit 4,5 Milliarden Euro Gewinn. Doch massiver Stellenabbau droht.*

den. Betroffen sind Standorte in Wien, Linz und Weiz. Europaweit geht es um 10.000 Jobs.

„Das unfähige Management will die MitarbeiterInnen für die eigenen Fehler büßen lassen,“ so eine Siemens-Kollegin gegenüber Vorwärts. Tatsächlich hat die Siemens-„Führung“ in den letzten Jahren Mist gebaut. Züge wurden nicht rechtzeitig fertiggestellt, Investitio-

schaffen. Das Geschäft mit Fabrikarüstung in China und den USA stagniert. In der Eurozone ist auch nur wenig zu holen. Das wird in den nächsten Jahren schlimmer werden und auch andere österreichische Unternehmen bedrohen. Schon jetzt liest man von Fabrikstilllegungen und Arbeitsplatzabbau.

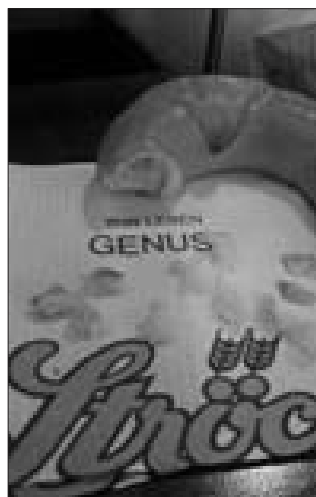
Wichtig ist jetzt, dass die KollegInnen klare Informationen über das wah-

Betriebsratsmehrheit in Schweigen gehüllt.

Unklar ist auch, wie viele LeiharbeiterInnen betroffen sind. Sie tauchen in der Personalstatistik des Konzerns nicht auf. Das wahre Ausmaß des Stellenabbaus könnte also höher sein als berichtet.

Der Konzern wird einen Teil der Einsparungen über „golden handshakes“ regeln wollen. Ältere KollegInnen könnten das als ei-

## Ströck: Für die Beschäftigten nur die Brösel



Bei Ströck sind die Arbeitsbedingungen schlecht, es geht um unbezahlte Nacharbeit, Benachteiligungen im Krankheitsfall uvm. Hauptsächlich betroffen sind die VerkäuferInnen. Jetzt gehen die Gewerkschaften GPA-djp und die Produktionsgewerkschaft „ProGE“ mit der Forderung nach einem Wechsel in einen besseren Kollektivvertrag und der Verbesserung der Arbeitsbedingungen an die Öffentlichkeit. Gut, dass

die Gewerkschaften aktiv sind! Eine Kampagne wäre allerdings schon zur Zeit des massiven Ausbaus von Ströck nötig und wirkungsvoll gewesen.

Besonders wichtig ist der Versuch einiger KollegInnen bei Ströck, einen Betriebsrat zu gründen. Eine Mobilisierung der Betroffenen kann hier viel bewirken. Für die Betriebsratsgründung und eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen braucht es eine öffentliche Solidari-

tätskampagne mit Betroffenen durch die Gewerkschaften und solidarische KundInnen. Aktionen vor Filialen würden – besonders zu den Stoßzeiten – viele Menschen direkt erreichen und Druck auf die Firmenführung aufbauen. Je mehr Verständnis und Solidarität die KundInnen für die Betroffenen haben, desto schwerer wird es, MitarbeiterInnen, die sich wehren, zu kündigen oder unter Druck zu setzen.

Lisa Wawra

## ÖH sabotiert in Salzburg Protest gegen Strache

Am 2. Mai trafen sich rund 100 AntifaschistInnen zu einer Demo gegen die Abschlusskundgebung der FPÖ im Salzburger Wahlkampf. Die Initiative für ein breites antifaschistisches Bündnis ging von der SLP aus. Dieses wurde von den ÖH-Fraktionen GRAS und VSStÖ und den sozialdemokratischen GewerkschafterInnen offen sabotiert. Erstere verkündeten per Presseausendung, sie „distanzieren sich [...] von Aufrufen zur Teilnahme“.

Grund dafür war ein „Fairness“-Abkommen zwischen den etablierten Parteien. Dies nutzte die FPÖ, um SPÖ und Grüne dazu zu bewegen, die Demo durch Druck auf ihre Vorfeldorganisationen zu schwächen. Dass diese Parteien ein solches Fairnessabkommen überhaupt akzeptieren und auf dessen Grundlage antifaschistische Proteste sabotieren, zeigt, dass ernsthafter Antirassismus mit ihnen nicht zu machen ist. Ebenfalls zeigt sich, dass die Vorfeldorganisationen wenig mehr als gehorsame Anhängsel der Parteien sind. Die Chance, in den Landtag zu kommen lässt da so manchen „kritischen“ Geist verstummen. Bezeichnend ist, dass es ÖH-Vorsitzender Simon Hofbauer (GRAS) in den Landtag geschafft hat.

Dass die Gewerkschaften nicht teilnahmen, ist besonders problematisch. Die FPÖ spaltet mit ihrer Hetze ArbeiterInnen und Jugendliche in MigrantInnen und ÖsterreicherInnen. Daher ist es umso wichtiger, dass sich Gewerkschaften gegen diese rassistische Hetze stellen und dagegen ankämpfen.

Auch wenn sich kaum jemand von VSStÖ und GRAS blicken ließ, zeigten echte AntifaschistInnen, was sie von den Rechtsextremen halten: „Nieder mit der FPÖ!“ hallte es durch die Altstadt. Das kleine Häuflein Strache-Fans wirkte mehr als peinlich. Trotz Sabotage und später sintflutartigem Regen stellten sich zahlreiche, insbesondere jugendliche, AntifaschistInnen der Hetze entgegen – viele von ihnen zum ersten Mal. Sie – und nicht die etablierten Parteien und ihre Vorfeldorganisationen – wollen wirklich und konsequent gegen Rassismus und rechte Hetze kämpfen. Im Kampf gegen Rechts ist auf die etablierten Parteien kein Verlass. Es braucht eine linke Alternative. Die SLP versucht bei den nächsten Nationalratswahlen (zumindest im Kleinen) eine solche Alternative zu bieten. Auch du kannst uns dabei u.a. mittels Unterstützungserklärung helfen.

Lukas Kastner



## Stahlstadt gegen Strache

Wie jedes Jahr veranstaltete die FPÖ ihre Mai-kundgebung am Urfahrer Markt in Linz, um ihre rassistische Het-

parenten, Sprechchören und Diskussionen. Unsere nicht zu übersehende Kundgebung zog viel Aufmerksamkeit auf sich.

dabei ist. Gerade in Krisenzeiten, wo soziale Probleme schlimmer werden, sind rechtsextreme Kräfte eine reale Bedrohung für

*„1. Mai, strachefrei!“ – so läutete die SLP den Mai ein. Grund war das FPÖ-Bierzelt-Spektakel in Linz.*

ze zu verbreiten. Gefährlich auch deshalb, weil gerade die FPÖ OÖ starke Überschneidungen mit der rechtsextremen Szene hat. Die SLP wehrte sich gegen eine solche Veranstaltung am "Kampftag der ArbeiterInnenklasse". Wir machten die BesucherInnen des Urfahrer Marktes auf die rassistische und rechtsextreme Gefahr aus dem Bierzelt aufmerksam, mit Trans-

Es gab positive Rückmeldungen von PassantInnen und Jugendlichen. In Reden durchs Megaphon stellten AktivistInnen klar, dass nicht die türkischstämmige Billa-Kassierin der Gegner ist, sondern UnternehmerInnen und PolitikerInnen, die immer dreister unseren Lebensstandard, unsere Löhne und das Sozialsystem angreifen, und wo die FPÖ zentral mit

MigrantInnen, Linke und GewerkschafterInnen.

Nach der Aktion bilanzierten die beteiligten AktivistInnen und FreundInnen: die SLP ist leider die einzige Kraft, die solche notwendigen Aktionen organisiert, trotzdem werden wir uns nächstes Jahr wieder um ein Bündnis mit anderen AntifaschistInnen bemühen.

Dominik Unter, Jan Millonig

## Gewerkschaft sollte von Flüchtlingen lernen

Ein **Schulterschluss** Flüchtlinge/Gewerkschaften ist wichtig. SLPlerInnen waren daher am 7.5. mit Flüchtlingen bei der 160. Vollversammlung der Arbeiterkammer Wien. Auf unsere Initiative gab es einen Antrag, um die AK von einer passiven zu einer aktiven Unterstützerin der Bewegung zu machen. Auch vorher und nachher kam es zu einigen Gesprächen zwischen Flüchtlingsvertretern und VertreterInnen von AK und

Gewerkschaften. Am 15.5. forderten Flüchtlinge bei einer Veranstaltung mit Vertretern von GPA und ProGe im Servitenkloster, dass den Worten Taten wie gemeinsame Kundgebungen folgen müssen. "Organisiert einen 1-minütigen Solidaritätsstreik" war einer der Vorschläge. Die GewerkschafterInnen können sich von der Kampfbereitschaft und vom Durchhaltevermögen der Flüchtlinge eine große Scheibe abschneiden!



## Termin des Monats

### Sind die Finanzmärkte schuld?



**Funktioniert** die Marktwirtschaft, wenn die Finanzmärkte entmachtet werden? Sind die Banken der Parasit eines an sich gesunden Systems? Sind Tauschkreise und Regionalwährung eine Alternative?

**Diskussion** mit **Thomas Zotter**, Kapitalmarktexperte der AK-Wien und **Sonja Grusch**, Autorin von "Freigeldtheorie und Tauschkreise – gefährliche Irrwege der 'antikapitalistischen' Bewegung"

**Mittwoch, 26. Juni**, 19.00 Uhr,  
ÖGB-Buchhandlung, Wien 1 – Rathausstr. 21

**Der Wahnsinn** hat Methode: Zu seinem 200. Geburtstag wird Richard Wagner vom bürgerlichen Establishment heuer in 124 Städten mit 279 Opernproduktionen und 988 Aufführungen abgefeiert, dass Walhalla kracht. Die Hysterie um den „Extremkünstler und Exzentriker“ (Paulus Manker) kommt weitgehend unkritisch daher. Der Musikrevolutionär war ein politischer Reaktionär reinsten Wassers, was ihm in rechten Kreisen bis heute abgöttische Verehrung sichert. Schon der angeblich fortschrittliche Nationalismus des kleingewachsenen Gernegroß war rückwärtsgerichtet, fußte er doch nicht

## Rote Seitenblicke

auf der „aufgeklärten“ Hobbes'schen Idee der Nation als „freiwilligem Zusammenschluss freier Bürger“, sondern auf einem diffus-rassistischen Germanentum; er war eine romantische Vorwegnahme der NS-„Blut- und Boden“-Ideologie: „Für deutsches Land das deutsche Schwert! So sei des Reiches Kraft bewehrt!“, heißt es in „Lohengrin“.

Dass dies logischerweise auch mit vulgärem Antisemitismus einherging, hört man im laufenden „Wahn“-Jahr auch weniger laut als die Hörner des „Walkürenritts“: „Der Jude ... fällt uns im gemeinen Leben zunächst durch seine äußere Erscheinung auf ... wir wünschen unwillkürlich mit einem so aussehenden Menschen Nichts gemein zu haben.“, schrieb er 1869 in „Das Judentum in der Musik“. Und das ist noch einer der harmloseren Sätze. Immerhin: Für die nächsten zwanzig Jahre ist mit Jahresende Entwarnung angesagt. 2033 droht aber schon Wagners 150. Todestag...

**Alexander Svojtko**



Foto: Protest Tour 2006; Quelle: wikipedia; Autor: Wladyslaw; (Ausschnitt des Originals)

# Die Doping-Heuchelei beenden!

**Am 29.6. startet** die 100. Tour de France, das wichtigste Radrennen der Welt. Was grundsätzlich ein wunderbarer Sport ist, steckt im Sumpf sys-

Gesellschaft, in der Leistungssport bis zum Tod hingenommen wird. Es geht ums Geld sowie neoliberale Ellenbogen-Ideologie und nicht um ei-

se gehören daher enteignet und unter demokratische Kontrolle gestellt.

Ein Ansatz ist die kontrollierte Abgabe von Dopingmitteln. Erstens kön-

Doch dazu braucht es im Sport neue Strukturen, die den kapitalistischen Leistungsgedanken (und damit das System dahinter) infrage stellen: Die Radsportver-

## Der Kampf gegen Doping muss einen großen Irrtum überwinden: Die Verwechslung von Krankheit und Symptom.

tematischen Betrugs. Der Großteil der Tour-Sieger der letzten 18 Jahre war oder ist in Doping-Affären verstrickt. Aufgrund des Umfangs der Skandale 'Festina', 'Telekom', 'Fuentes' & 'Armstrong' kann von mächtigen mafiosen Strukturen (inklusive Verstrickung von Funktionären) ausgegangen werden.

Doch ist Doping ein Symptom und nicht die Ursache einer kranken

ne Kultur der kollektiven Sportlichkeit. Unter den herrschenden kapitalistischen Bedingungen ist (Spitzen-)Sport zwangsläufig schmutzig. Dies sollte nicht weiter verschleiert werden! Alle Verbote und Razzien ändern nichts an der Dominanz des Dopings, solange Leistungsfanatismus und Profitlogik regieren und die Pharmakonzerne privat und damit profitorientiert sind - die-

nen durch konstante Qualitätsstandards und medizinische Überwachung die schlimmsten Schäden verhindert werden (wobei Leistungssport an sich nicht wirklich gesund ist) und zweitens lägen die Karten offen auf dem Tisch. Eine solches Sichtbarmachen könnte die Differenzierung zwischen gedoptem und bewusst dopingfreien Konzepten im Sport erleichtern.

bände in ihrer bisherigen Form sind dann obsolet. Entscheidungen über und Kontrolle von Dopingmitteln sind in die Hand von MedizinerInnen, ExpertInnen der bisherigen Anti-Doping-Agenturen und vor allem gewerkschaftlichen Organisationen der Aktiven zu legen. Einen vollständig „sauberen Sport“ wird es aber nicht geben, solange der Kapitalismus existiert. **Franz Neuhold**

# Luftballons werden Nazis nicht stoppen!

**Am 8. Mai 1945** endete der 2. Weltkrieg. Echten staatlichen Antifaschismus gab es kaum. So ist es normal, dass diverse Rechte selbst am 8. Mai oder am Tag der Befreiung des KZ Auschwitz „demonstrieren“ können. Dass das nicht ungestört passiert, liegt seit Jahrzehnten am entschlossenen Auftreten von AntifaschistInnen.

Vor 20 Jahren protestierten über 100.000 Menschen gegen Haider's-Ausländer-Volksbegehren. Auch da waren „Promis“

aus Politik, Kunst und Kultur überrepräsentiert. Einige von damals sind still geworden, andere sitzen in Landtagen, Rathäusern oder Parlamenten und sind an der Umsetzung der damals strittigen Punkte beteiligt. Dass sich weder AntifaschistInnen und Flüchtlinge noch MigrantInnen im Kampf gegen Rechte und Nazis auf sie verlassen können, beweisen Sie seit 20 Jahren.

Im Gegenteil. Offizieller Antifaschismus wird zum einmaligen „Happing“,

wie z.B. die Feier heuer am 8. Mai. Gleichzeitig werden antifaschistische Demos verboten und AktivistInnen von der Polizei schikaniert. Der Kampf gegen Faschismus wird nicht mit Luftballons am Heldenplatz gewonnen, sondern tagtäglich überall dort, wo Rechte und Faschisten wegen Sozialabbau und FPÖ-Hetze auf fruchtbaren Boden stoßen. Die SLP steht für diesen Kampf!

**Albert Kropf**





## Osteuropa: Kapitalismus in der Krise

„Keine Sorge, den Politikern geht es gut!“ war die ironische Antwort eines ungarischen Bekannten auf die Frage nach der sozialen Krise in seinem Heimatland. Zumindest das ist gleich geblieben seit dem Fall der stalinistischen Diktaturen in Osteuropa. Der überwiegenden Mehrheit in diesen Staaten geht es aber nicht nur schlecht, es geht ihnen immer schlech-

Raum immer schneller. Beides sind Armutspänomene und es gibt noch viele weitere Beispiele.

**Die Krise** hat Osteuropa hart getroffen. Von einem kurzen Aufschwung von 1998–2008 ist fast nichts mehr übrig. Rumänien, Ungarn und Lettland mussten bereits internationale Finanzhilfe annehmen, andere Staaten stehen kurz davor. Obwohl

dem zunehmenden Elend nach Westeuropa zu entkommen. Dazu braucht es eine gute Ausbildung. Für die Anderen bleibt keine Perspektive. Drogenkonsum, Gewalt und Kriminalität nehmen zu.

Groß ist der Wunsch nach einer politischen Alternative. Linkere Parteien, soweit vorhanden, hängen oft noch den Ideen des Stalinismus an, die in der Praxis zur Umsetzung

tionelle "Feinde". In den Nachfolgestaaten Jugoslawiens kommt es immer wieder zu entsprechenden Ausschreitungen, rechtsextreme Parteien räumen bei Wahlen ab, wie z.B. 2012 Miloševićs alte „sozialistische Partei“. Die jährlichen Massen-Angriffe auf Homosexuellen-Paraden erinnern an Pogrome. Besonders verbreitet ist der Hass auf Sinti und Roma. Auch Antise-

weiterzuführen. Die erste Reaktion der Regierungen auf wachsende Proteste ist der Abbau demokratischer Rechte. Von den bürgerlichen Medien im Westen ignoriert, kommt es immer wieder zu brutalen Polizeieinsätzen gegen soziale Bewegungen. Damit schützen die Regierungen nicht nur sich selbst, sondern auch die Profite internationaler und österreichischer Banken.

### *Jugendliche ohne Perspektive, ArbeiterInnen ohne Arbeit und PensionistInnen vor dem Aus!*

ter: Die offiziellen Zahlen zur Arbeitslosigkeit (Lettland 13,7 %; Kroatien 19,1 %; Mazedonien 30,5 % (Quelle: WKO)) sind nur die Spitze des Eisbergs. In Ungarn wurden seit 2008 bereits 40.000 Haushalte zwangsgeräumt, weitere 170.000 sind davon bedroht. Moldawien ist eines der Länder mit der höchsten Zahl an Tuberkulose-Opfern weltweit, sexuell übertragbare Krankheiten verbreiten sich im ganzen

sie von den „guten Jahren“ wenig hatte, zahlt jetzt vor allem die ArbeiterInnenklasse die Kosten der Krise. Alle öffentlichen Leistungen, also auch der Öffentliche Dienst, sind von den Kürzungen betroffen. Wer noch Arbeit hat, erhält Niedrigstlöhne; wer keine hat, erhält kaum genug Unterstützung zum Überleben.

**Vor allem Jugendliche**, aber auch Ältere, versuchen

von Kürzungen führen. Oder sie haben als Regierungsparteien bewiesen, dass sie auch keine sozialen Verbesserungen bringen. Sie sind für Jüngere unattraktiv.

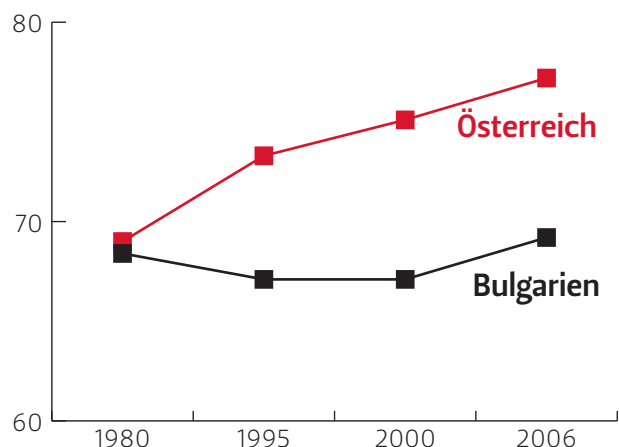
**Hier** tut sich eine Lücke auf, die oft von Nationalismus und Rassismus gefüllt wird. Wo die Wut kein sinnvolles Ventil findet, lenken bürgerliche PopulistInnen sie gerne auf Minderheiten oder tradi-

tionismus erlebt ein neues Hoch in Osteuropa: „Die Juden“ werden zum Symbol all dessen gemacht, was in die Krise geführt hat. Vor allem ungarische Juden/Jüdinnen verlassen bereits ihr Heimatland.

Alles, was von den wirklich Verantwortlichen in Wirtschaft und Politik ablenkt, ist den Herrschenden sehr willkommen. Aber diese Ablenkungen reichen nicht aus, um die brutale Kürzungspolitik

**Aber was** hat in die Krise geführt? Warum endete der Aufschwung der Nullerjahre? Was ist die Bilanz von knapp 25 Jahren Befreiung vom Stalinismus? Welche Perspektive hat der Widerstand gegen die Kürzungspolitik? Auf diese Fragen versucht der Vorwärts-Schwerpunkt eine Antwort zu finden.

Tilman M. Ruster

**Lebenserwartung im Vergleich**

Quelle: Eurostat Grafik: SH

**Armut und österreichische Konzerngewinne in Osteuropa****> Kälte gut fürs Geschäft...**

In Bulgarien leben 21 % der Bevölkerung unter der Armutsgrenze. Die niederösterreichische EVN versorgt dort rund 1,5 Millionen Haushalte mit Strom. Die Stromkosten eines Haushaltes liegen bei rund 127.- Euro/Monat. Der Mindestlohn liegt bei 125.- und der Durchschnittslohn bei 350.- Euro. Die EVN ist über Tochterfirmen in Bulgarien auch im Gasgeschäft und an mehreren Kraftwerken beteiligt. Im Geschäftsjahr 2011/12 machte sie einen Reingewinn von 194,9 Millionen Euro. Ende 2012 stand im zynischen Geschäftsbericht: „Die Umsätze wurden durch den historisch kältesten vergangenen Winter sowie höhere Endkundenpreise in Südosteuropa um 4,3 Prozent auf 2,847 Mrd. Euro in die Höhe getrieben“.

**> Tuberkulose zurück...**

In den letzten 20 Jahren hielt man die Tuberkulose in Europa für ausgerottet. Mit der Restauration des Kapitalismus und dem massiven Abbau im Gesundheitswesen könnte sie ausgehend von Osteuropa wieder zum Massenphänomen werden. 23 % der rumänischen Bevölkerung leben unter der Armutsgrenze. Jährlich

erkranken 1.000 Menschen an Tuberkulose. Viele können sich keine medizinische Versorgung leisten, die Durchschnittspension beträgt 100.- Euro, der Mindestlohn liegt bei 81 Cent in der Stunde. Gleichzeitig machte die OMV im Geschäftsjahr 2012 888,5 Millionen Euro Reingewinn mit Heizöl, Diesel und Benzin. Die rumänische Tochter der Raiffeisenbank machte 2012 in Rumänien 88 Millionen Euro Gewinn.

**> Profite bei Raiffeisen...**

Trotz Verlusten - v.a. in Ungarn und Slowenien - machte Raiffeisen International im Jahr 2012 725 Millionen Euro Gewinn. Der Großteil kommt aus Osteuropa: In Polen lag der Gewinn der 2012 bei 1,95 Millionen Euro (2011 waren es noch mehr als 135 Millionen Euro), in Russland 2012 bei 473 Millionen. In Weißrussland stieg der Gewinn von sechs Millionen 2011 auf 26 Millionen 2012; In Kroatien von 42 auf 45 Millionen Euro. Im kleinen Kosova/Kosovo waren es 13 Millionen Euro. Obwohl die Raiffeisenbank International auf einer Reihe fauler Kredite sitzt, erhöhte sie die Dividende von 1,05 auf 1,17 Euro pro Aktie. Damit wurden über 228 Millionen Euro an Dividenden ausbezahlt.

# Zusammenbruch einer Lüge

Eine revolutionäre Welle fegte 1989/90 durch die Staaten des „Ostblocks“. Die Menschen stürzten die unfähigen Cliquen, die Gesellschaft und Wirtschaft Richtung Bankrott lenkten. Es war eine echte Chance, einen echten, demokratischen Sozialismus

handelten Osteuropa nicht viel anders als die neokolonialen Staaten: Zunächst wurde die Rohstoffproduktion aufgekauft. Besonders Metalle und Kohle wurde größtenteils in den Westen exportiert. Die großen Profite mit den Rohstoffen wurden außer-

derstellung Österreichs hatte es schon vor 1989/90 zu einem regen Ost-West-Handelsplatz gemacht. Heute halten österreichische Banken über 22 % (und damit den größten) Marktanteil in Osteuropa.

Erst Ende der 1990er Jahre wanderte auch wieder Produktion in die Länder. Im globalisierten Markt konnte Osteuropa eine wichtige Ware anbieten: billige, qualifizierte Arbeitskraft. Besonders die Automobilindustrie begann Osteuropa als „verlängerte Werkbank“ zu benutzen. Eigentlich ist hier von Kolonialisierung zu sprechen. Der neue Absatzmarkt und die billigere Produktion halfen, die Wirtschaftskrise, die uns dann aber 2008 traf, noch um einige Jahre nach hinten zu verschieben.

**Die 90er Jahre in Osteuropa sind Schauplatz des größten Raubzugs der jüngeren Geschichte!**

zu erkämpfen. Doch der Westen lockte mit Versprechungen, jetzt schnell allen Menschen zu höherem Lebensstandard zu verhelfen. Kohl versprach „blühende Landschaften“, doch in Osteuropa wurde der Kapitalismus wieder eingeführt.

Was kam, war ein beispielloser Raubzug an öffentlichem Eigentum. Die staatseigenen Betriebe konnten nicht mit den westlichen, kapitalistischen Betrieben mithalten. Sie wurden verkauft und teilweise aufgelöst, nur ein kleiner Teil wurde von den neuen, privaten Eigentümern modernisiert und weitergeführt. Ab jetzt ging es um Profite. Das Lohnniveau, öffentliche Einrichtungen wie Krankenhäuser, Kindergärten, Schwimmbäder usw., alles war zu teuer.

Statt dem erhofften westlichen Lebensstandard hieß es nun, man hätte über die eigenen Verhältnisse gelebt. Der Großteil der Privatisierungsmasse ging an ausländische Investoren. Diese be-

halb ihrer Herkunftsländer gemacht. Eine Ausnahme war der Öl- und Erdgasbereich. Die Förderkonzerne blieben lange staatlich und kamen fast ausschließlich einer kleinen Schicht in der Regierung zugute. Das waren in der Regel FunktionärInnen des alten Regimes, die zum für sie richtigen Zeitpunkt ihre Hände auf das Staatseigentum legten. Diese Herrschenden gerieten schnell in Abhängigkeit vom Ausland. Ihre Profite reichten nicht, um sich als starke Klasse Unabhängigkeit zu verschaffen. Stattdessen wirtschafteten sie mit mafiösen Methoden, um im Wettbewerb mitzuhalten. Es entstanden korrupte, abhängige Oligarchien, die je nach ihrer Stärke mal mehr, mal weniger autoritär regierten (je schwächer desto autoritärer).

Mit der Wiedereinführung des Kapitalismus entstand auch für internationale Banken eine freie Spielwiese. Am schnellsten waren Banken aus dem „neutralen“ Österreich. Die Son-

Diese Investitionen brachten vielen Ländern eine Dekade (1998-2008) des Aufschwungs. Die Arbeitslosigkeit sank, allerdings bei niedrigstem Lohnniveau. Durch die staatstragende Rolle, die die meisten Gewerkschaften in den Diktaturen gespielt hatten, verließen die Menschen die Gewerkschaften in Scharen. Tatsächlich hatte sich auch in der Führung der Gewerkschaften wenig verändert. Durch diese Kombination hatten die ArbeiterInnen dem globalisierten Kapital kaum etwas entgegenzusetzen. Trotzdem ging es Vielen besser als noch in den 1990er Jahren. Billige Kredite der internationalen Banken ermöglichten Vielen den Bau eines Eigen-





heims oder die Gründung eines kleinen Unternehmens. Auch die Regierungen erhielten umfangreiche Kredite, um die industrielle Infrastruktur aufzubauen. Trotzdem blieb Osteuropa arm. Der Strom von ArbeitsmigrantInnen nach Westeuropa riss nie ab.

stabil waren, war das kein Problem. Aber jetzt werteten die Nationalbanken die Währungen ab, um die Exporte wieder anzukurbeln. Dadurch sank auch das Realeinkommen weiter.

Ungarn war 2008, lange vor Griechenland, das erste Land, das Finanz-

der einheimischen Reichen versuchte er, alle Kürzungen selbst durchzuführen. Die Wut der Massen versuchte er auf Roma abzulenken. Gesetze, die alle ArbeiterInnen trafen, wie Zwangsarbeit für Arbeitslose oder die Abschaffung des Kündigungsschutzes,

## Osterreichische Banken haben in Osteuropa Privat- und Staatskredite in Höhe von ca. 236 Mrd. € vergeben

Als 2008 die Krise kam, war es damit aus. Besonders die Automobilindustrie war betroffen (weltweite Überproduktion ca. 40 %) und zog sich rasch aus der Region zurück. Auf einmal strebten sie wieder in die Länder mit ihrem Firmensitz, damit deren Regierungen ihnen aus der Krise half.

Gleichzeitig ging auch die Nachfrage nach Importen aus Osteuropa drastisch zurück. Wie in den Ländern der "Dritten Welt" ist Osteuropas Export aber vor allem auf Rohstoffexporte angewiesen. Die kleine verarbeitende Industrie produziert meist nur einfache Produkte, größtenteils für die Binnennachfrage.

Die Menschen verloren die Arbeitsplätze, die sie brauchten, um ihre Kredite zu zahlen, die Regierungen die Steuereinnahmen, um die Staatsschulden zu bedienen. Extrem verschärft wurde das dadurch, dass ein Großteil der Kredite in Fremdwährungen (€, Sfr) vergeben wurden. Solange die nationalen Währungen

hilfe von EU, EZB und IWF (die „Troika“) annehmen musste.

**Osterreichische** Banken haben in Osteuropa Privat- und Staatskredite in Höhe von ca. 236 Mrd. € vergeben (Quelle: Bank für Internationalen Zahlungsausgleich). Auch schweizerische und deutsche Banken sind tief verwickelt. Ein guter Teil der Kredite ist nicht mehr einzutreiben. Entsprechend hängt auch die Stabilität des €-Raums an Osteuropa. So ist das Engagement der Troika auch in nicht-€-Ländern zu verstehen.

Griechenland zeigt deutlich, was einem Land unter der Fuchtel der Troika blüht. Auch wenn Sozial- und Bildungsabbau den jeweiligen Herrschenden eher willkommen sein mögen, führt sie der Ausverkauf des Landes an ausländische Unternehmen in totale Abhängigkeit von diesen.

Deshalb warf der ungarische Regierungspräsident Orbán die Troika erst mal aus dem Land. Im Interesse

rechtfertigte er mit angeblich faulen Roma. Andere Regierungen folgten seinem Beispiel. Gleichzeitig geht er heftig gegen jede soziale Opposition vor. Derzeit arbeitet er daran, die LehrerInnen-Gewerkschaften abzuschaffen, nachdem sie sich im Frühjahr 2013 an Protesten beteiligt hatten.

Alle Regierungen Osteuropas sind enorm instabil. Sie werden zerrieben zwischen den Interessen der Bevölkerung bzw. der nationalen sowie westeuropäischen, chinesischen und russischen herrschenden Klasse. Immer schneller verlieren die Länder ihre letzte nationale Souveränität und geraten unter den Einfluss der EU oder Russlands. Besonders Russland lockt mit Zuckerbrot (Erdgaspreise, Investitionen) und Peitsche (Erdgas abdrehen, Georgienkrieg) die Länder in seine Sphäre.

Das Beispiel Osteuropa zeigt deutlich: Eine Lösung der Krise im Rahmen des Kapitalismus und auf nationaler Ebene ist unmöglich! **Tilman M. Ruster**



## Marx aktuell

**“Der Sozialismus ist international oder gar nicht.”** (Leo Trotzki) Spätestens heute sollte allen klar sein, dass sich mit Regimes, die “im Namen der Menschlichkeit” eine Mauer und Zäune aus Stacheldraht bauen lassen, um die arbeitende Bevölkerung an der Flucht zu hindern, keine sozialistische Gesellschaft aufbauen lassen, und dass die “Theorie” vom Sozialismus in einem Lande nichts mit Emanzipation zu tun hat. Die Sowjetunion, Jugoslawien und der “Ostblock” waren keineswegs sozialistische Gesellschaften, auch wenn sie Systemalternativen zu Faschismus und Kapitalismus waren.

Im “Übergangsprogramm” schreibt Trotzki 1938: *“Entweder beseitigt die Bürokratie, die immer mehr zu einem Organ des Weltimperialismus in dem Arbeiterstaat wird, die neuen Eigentumsformen und*

## Politische Revolutionen in Osteuropa

*wirft das Land in den Kapitalismus zurück; oder die Arbeiterklasse stürzt die Bürokratie und öffnet den Weg zum Sozialismus.”*

Ansätze für einen Sturz der Bürokratie gab es u.a. 1953 in der DDR, 1956 in Ungarn, 1956, '68, '70, '76 & '80 in Polen, 1968 beim Prager Frühling sowie in Form der “Bürgerrechtsbewegungen” 1988–91. Anders als in Ost und West dargestellt, protestierten ArbeiterInnen und Jugendliche mit roten Fahnen für echte sozialistische Demokratie, für Streikrecht, Versammlungs- und Pressefreiheit, freie Wahlen und soziale Verbesserungen, doch keineswegs für eine Restauration der kapitalistischen Eigentumsverhältnisse. Eine erfolgreiche Revolution in Osteuropa hätte den Verlauf der Weltgeschichte wesentlich geändert, uns die Krise im “Westen”, Neoliberalismus und kapitalistische Globalisierung, den Irakkrieg etc. erspart.

Es wurde behauptet, dass die einzige Alternative zum Stalinismus die kapitalistische Restauration sei. Doch Trotzki machte bereits in den 1920er Jahren klar, dass einzig eine politische Revolution gegen die reaktionäre Stalin-Clique die Revolution von 1917 sowie ihrer sozialen und politischen Errungenschaften retten könne. Die neuen Produktionsverhältnisse machten soziale und ökonomische Fortschritte möglich, die im krisengeschüttelten Kapitalismus der Zwischenkriegszeit undenkbar waren. Der Kampf der ArbeiterInnenklasse in Sowjetrußland musste sich also v.a. gegen die an der Macht befindliche politische Kaste um Stalin richten. Diese war an einer internationalen Revolution nicht interessiert, weil eine solche ein lebhaftes Beispiel dafür hätte sein können, dass es auch anders geht – dass Rättedemokratie, Beseitigung staatlicher Repression, sozialer Ungleichheit und Ungerechtigkeit, demokratische Kontrolle und Planung der Wirtschaft durch die Belegschaft und nach den Bedürfnissen der gesamten Gesellschaft tatsächlich nicht nur theoretisch möglich, sondern auch real machbar sind (z.B. Deutschland 1923, China 1927, Spanien 1936).

1936, also noch vor dem Beginn des 2. Weltkriegs und lange vor Entstehung des “Ostblocks”, fasste Trotzki seine Analyse in der Schrift “Die verräterische Revolution. Was ist die Sowjetunion und wohin treibt sie?” zusammen. Darin charakterisiert er die SU als “Übergangsgesellschaft” zwischen Kapitalismus und Sozialismus. Letzterer könne aber nur durch echte sozialistische Demokratie gepaart mit internationaler Ausweitung der Revolution erreicht werden.

**Pablo Hörtner**



# Das Comeback der ArbeiterInnenklasse

Die späten 80er Jahre des 20. Jahrhunderts waren von den Massenaufständen in Osteuropa geprägt. Es begann in Polen mit dem Streik der WerftarbeiterInnen und endete im Zusammenbruch der stalinistischen Staaten 1989/90.

Unterdrückung der Roma, verheerende Bürgerkriege und der Aufstieg obskurer populistischer Parteien. Doch die Illusionen in den Kapitalismus begannen zu bröckeln. Große Streiks und Massendemonstrationen nehmen zu. Auch

fiziell bei 14,2 %. Die Jugendarbeitslosigkeit beträgt 28,5 %. Bereits zum Jahresende 2012 einigten sich die Gewerkschaften auf einen Generalstreik. 2012 wurde in Polen das Pensionsalter auf 67 für Männer und Frauen

hervor. Noch am Wahlabend gab es in Sofia Proteste. Die Pressekonferenz der Parlamentsparteien wurde gestürmt, die Vertreter der faschistischen Atakapartei vertrieben, und eine Annullierung des Wahlergebnisses verlangt. Ein Wahlbetrug ist gut möglich, aber es zeigt sich ein Dilemma: Ohne neue linke Partei kann selbst eine Protestbewegung ihre Erfolge nicht politisch absichern.

SLP und polnische Sektion des CWI, ist ein aktiver Teil der Proteste und versucht auch, diese mit dem Kampf gegen Rechtsextremismus zu verbinden. In Polen war auch der Widerstand gegen ACTA enorm. Am 17. Juli 2010 gab es die größte osteuropäische Regenbogenparade. „Alternatywa Socjalistyczna“ mobilisierte aktiv und trat vor allem für eine Verbindung der LGTBQ-Bewegung mit anderen sozialen Bewegungen ein. Dafür gibt es konkrete Ansätze: So kommt es z.B. immer wieder vor, dass schlesische Bergarbeiter Aktionen der LGTBQ-Bewegung aktiv unterstützen und als Schutz vor rechtsextremen Übergriffen begleiten.

Für uns "im Westen" ist es wichtig, uns nicht gegen die KollegInnen im Osten ausspielen zu lassen: ÖGB & Co. sollten die Proteste aktiv unterstützen und dabei auch gegen die österreichischen Konzerne und Banken, die in Osteuropa verdienen, vorgehen. Mit den aktuellen Kämpfen knüpft die osteuropäische ArbeiterInnenklasse an die Tradition der Massenkämpfe von 1989 an. Das CWI wird überall versuchen, die aktuellen Kämpfe zu unterstützen und mit einer sozialistischen Perspektive zu verbinden. In Russland, Polen, Tschechien und Ungarn tun wir das bereits vor Ort, weitere Länder werden folgen.

## Streiks in Polen, Massenproteste in Bulgarien, Rumänien und Slowenien – Widerstand wächst.

Ohne ArbeiterInnenpartei, ohne eine politische Kraft, die für echten für echten, demokratischen Sozialismus zu kämpfen bereit war, führte die Bewegung in eine Restauration des Kapitalismus. In vielen Ländern nutzten stalinistische Wendehälse die Gunst der Stunde. Jelzin, Naserbajev und viele andere biederten sich den bürgerlichen Regimes im Westen an und sicherten sich bei der Einführung der Marktwirtschaft enorme Reichtümer. Armut, Korruption, Deindustrialisierung und mafioser Kapitalismus waren die Folge.

Das politische Bewusstsein wurde stark zurückgeworfen. Trotz verschiedener sozialer Kämpfe dominierten Nationalismus,

das antikapitalistische Bewusstsein steigt. Bewegungen wie in Rumänien Anfang 2012, in Slowenien oder 2013 in Bulgarien zeigen deutlich, das kämpferische Proteste kein Phänomen nationalistischer Hooligans sind. Obwohl in vielen dieser Länder linke Gruppen noch klein sind, ziehen die Protestbewegungen oft linke Schlüsse.

In Polen konnte die Regierung 2009 noch stolz auf einen Wirtschaftsaufschwung verweisen. Dieser basierte auf einer Währungsabwertung, der massiven Ausweitung prekärer Arbeitsverhältnisse und dem Geld polnischer MigrantInnen. Nun hat die Krise Polen erreicht. Im Jänner 2013 lag die Arbeitslosigkeit bereits of-

angehoben. Dagegen gab es tagelange Demonstrationen. Am 26. März 2013 kam es zu einem regionalen Generalstreik in Schlesien im Süden Polens. Mehr als 100.000 ArbeiterInnen, vor allem Berg- und Stahlarbeiter, beteiligten sich an dem dreistündigen Streik. Eine zentrale Forderung war die Eindämmung der unsicheren Arbeitsverträge und die Beibehaltung des Frühpensionensystems für SchwerstarbeiterInnen. Der „schlesische Generalstreik“ war als Generalprobe für einen gesamt-polnischen Generalstreik organisiert. Gut möglich, dass die Wut der Menschen noch vor dem Sommer zum Generalstreik führt. „Alternatywa Socjalistyczna“, die Schwesterpartei der

In Bulgarien musste im Februar die Regierung zurückschreiten. Eine massive Strompreiserhöhung brachte die Menschen auf die Straße. Auch die niederösterreichische EVN verdient an der bulgarischen Armut. Nach tagelangen Protesten mit Massendemonstrationen nahm die Regierung die Strompreiserhöhungen zurück und trat ab. Allerdings ging die ex-Regierungspartei aus den Wahlen wieder als stärkste Partei

# Be Pride – and Fight!

1969 fand in New York ein mehrtägiger Aufstand von Homo- und Transsexuellen gegen Polizeirepressionen statt. Die LGBTQ-Bewegung kam auf die Straße. Heute gibt es internationale Regenbogenparaden. Oft unter Angriffen, wie in Polen, Ungarn oder Russland, wo Schwesterorganisationen der SLP führend bei der Verteidigung sind. Auch in Wien wollten 2012 religiöse FundamentalistInnen die Parade stören. Die SLP hat sich ihnen gemeinsam mit Anderen in den Weg gestellt. Auch heuer planen sie Aktionen gegen den "Aufmarsch der Homo-Unzüchtler", wir mobilisieren dagegen.

Bei dem Thema ist schon viel weitergegangen. Was kostet es liberale Regierungen auch, entsprechende Gesetze zu machen? So kaufen sich Teile der Bürgerlichen billig Stimmen von einem WählerInnensegment. Doch die wesentlichen Kämpfe sind noch nicht ausgestanden. Verfolgung aufgrund sexueller Orientierung ist kein Asylgrund. Deshalb tritt die SLP mit FlüchtlingsaktivistInnen für deren Rechte ein. Mobbing am Arbeitsplatz und in der Schule ist ein Thema, trotz entsprechender Gesetze. Hier sind die Gewerkschaften (auch in der Schule) gefordert, Kam-

pagnen zu führen und gegen Diskriminierung zu kämpfen.

Auf der Regenbogenparade marschiert die Müllabfuhr auf, was sehr cool ist. Aber ein großer kämpferischer Block der Gewerkschaften mit KollegInnen ALLER sexuellen Orientierungen aus allen Bereichen in Dienstkleidung inklusive Gerät und politischen Transparenten – das wäre ein starkes Signal. Es gilt zu zeigen, dass Homo- und Transsexuelle gewöhnliche Leute sind, mit denen wir täglich zusammenarbeiten oder in die Schule gehen und nicht nur „schrille Vögel“, die zweimal im Jahr auftanzen. Eine Politisierung würde gut tun, denn es gibt keine einheitliche LGBTQ-Community. Auch hier gibt es Arme und Reiche, MigrantInnen und RassistInnen, Opfer und TäterInnen einer Gesellschaft, die gezielt Gruppen diskriminiert. Die einen haben gleiche soziale Interessen und sind mit Diskriminierung konfrontiert, die anderen sind für Kürzungen verantwortlich und haben es „gesellschaftlich“ leichter. Erfolge sollten wir mit Stolz feiern, doch müssen wir auch die aktuellen Probleme offensiv angehen und uns gegen Angriffe wehren.

Jan Millionig



## RFS: Halt's Maul!

Am 8. Mai, dem Tag der Befreiung vom Faschismus, lud der RFS (FPÖ-Unifraktion) an der Gra-

chiv des österreichischen Widerstandes“ klar dem rechtsextremen Spektrum zuzuordnen. So ver-

AntifaschistInnen machten klar, dass derartige Gedankengut keine Meinung, sondern ein Verbrechen ist – die Veranstaltung wurde unmöglich gemacht. FPÖ&RFS sind eine Gefahr für MigrantInnen, Linke und ArbeiterInnen. Sie wollen keine „demokratische Debatte“, wenn es passt, wird auch geprügelt (Übergriffe von RFJlern 2010, Anti-Muezzin-Shooter, Nazis auf FPÖ-Kundgebungen). Der RFS verlor bei den ÖH-Wahlen massiv, bleibt aber gefährlich. Auch in Zukunft werden wir solchen Hetzveranstaltungen die Stirn bieten.

Moritz Erkl

### Es gibt kein Recht auf rechte Propaganda!

zer Karl-Franzens-Uni zu einer Veranstaltung über „Marxismus“. Referieren sollte Wolfgang Caspart vom „Freiheitlichen Akademikerverband Salzburg“, für den Marxismus eine "verderbliche Ideologie" ist. Das Ziel war wohl die Verharmlosung des NS Regimes und Marxismus als schlimmer als Faschismus darzustellen.

Caspart ist laut dem „Dokumentationsar-

teidigte er die antisemitischen Tiraden eines deutschen CDU-Abgeordneten mit einer Streitschrift, in der er die Opfer des Holocausts und ihre Nachkommen, die noch immer auf Entschädigung warten, als „die unerbittlichen Hasser (und damit Geschäfte Machenden) über alle Generationen“ bezeichnet.

Doch viel sagen konnte er in Graz nicht. 100



## Stockholm brennt

Ein 69-Jähriger wird Mitte Mai in Husby, einem armen Stadtteil Stockholms, von der Polizei erschossen. Darauf wird Stockholm Schauplatz von Riots, die an London 2011 erinnern. Die schwedische Fassade kollabiert. Vom Sozialstaat ist nach Jahren radikaler neoliberaler Schocktherapie nichts übrig. Die Armut schoss von 3,7 % 1995 auf 9,1 % im Jahr 2010. In Husby gehen 20 % aller Jugendlichen von 16 bis 19 weder in die Schule noch

haben sie Arbeit. Eine Folge von Massenprivatisierungen, Schulschließungen und Sozialabbau. Die schwedische Schwesterorganisation der SLP, Rättvissepartiet Socialisterna (RS), organisierte direkt nach den Ausschreitungen eine Demo gegen Polizeigewalt, aber auch gegen Vandalismus und Privatisierung. Brennende Autos lösen nichts – RS will die Ursachen der Missstände gemeinsam mit den AnrainerInnen bekämpfen.

### Fundstück des Monats



In Spanien brennt der Hut Das Spardiktat von EU und Regierung macht auch vor Brandschutz keinen Halt. Feuerwehrleute in Katalonien organisieren mit ihrer Gewerkschaft

entschlossenen Widerstand gegen Kürzungen und Arbeitsplatzabbau. Außerdem schützen sie andere Demos gegen die Regierung vor Polizeiübergriffen. Vorbildlich!



**Italien** gilt als zunehmend unregierbar. Aus Enttäuschung über die Kürzungspolitik hatte im Februar eine Mehrheit für Beppe Grillos Fünf-Sterne-Bewegung gestimmt. Das stellte die etablierten Parteien in einer durch die Krise polarisierten Situation vor die Schwierigkeit einer Regierungsbildung. Dafür kamen Wahlsieger Grillo, die zweitplatzierte PD und Berlusconi PDL in Frage. Aus Angst vor der Rückkehr des verhassten

tenregierung“ gesetzt, um den Sparkurs umzusetzen. Die Stärke Berlusconi ist die Politik der PD und die Schwäche der Linken. Die PD ging einen Deal mit ihm ein, obwohl sie das zuvor ausgeschlossen hatte. Sie hat sich damit völlig diskreditiert. Aus dem Poker um die Präsidentschaftswahl zwischen PD, Berlusconi und Grillo kehrte Napolitano (88) an die Staatsspitze zurück. Er übergab die Regierungsverantwortung Enrico

telklassen sind wütend auf PolitikerInnen, die von ihnen Opfer verlangen und gleichzeitig ihre Privilegien behalten. Die Jugendarbeitslosigkeit liegt bei über 30 %. Den Arbeitslosengeldfonds der Regionalregierungen droht das Geld auszugehen. Mehr als 1.000 Firmen pro Tag wurden 2012 geschlossen. Selbstmorde häufen sich. Grillo hat mit Forderungen nach Abschaffung der Politikerprivilegien, aber auch nach Verstaat-

können wir etwas bewegen“. Selbst eine Linke mit nur einem Minimum an Glaubwürdigkeit hätte in diesem Vakuum eine politische Rolle spielen können. Aber die FührerInnen der Linken haben sich darauf beschränkt, Grillo für das zu kritisieren, was sie selbst nicht getan haben. Bei den Teilkommunalwahlen am 25./26. Mai wurde Grillo für seine zögerliche Haltung bereits wieder abgestraft.

Parallel zur Regierung der "Nationalen Verant-

gibt es ein paar zaghafte Versuche der Neuorganisation. All diesen Versuchen fehlen Programm, Strategie und Perspektive – und v.a. die sozialen Kämpfe. Nur Klassenkampf kann die Situation neu beleben und neue politische Kräfte auf die Bühne bringen. Der Schock über den Kompromiss zwischen Mitte-Rechts- und Mitte-Links-Lager, über den Verlust der Glaubwürdigkeit der PD und der bürgerlichen De-

## *Der zweitwichtigste Handelspartner Österreichs steckt in der Krise – und wird Berlusconi nicht los.*

Berlusconi war der Druck in Richtung Bündnis PD-Grillo groß. Die PD forderte u.a., die Budgetdisziplin mit öffentlichen Investitionen zu vereinbaren – unmöglich. Das hat Grillo zu Recht abgelehnt. Aber auch ein Bündnis zwischen PD und Grillo hätte Berlusconi nicht dauerhaft verhindert, sondern nur den Boden für eine Rückkehr bereitet. Das eigentliche Problem liegt in der Tiefe der wirtschaftlichen und politischen Krise des italienischen Kapitalismus – und braucht eine sozialistische Antwort.

Berlusconi war für die herrschende Klasse immer unkontrollierbarer. Dazu kam der Hass der ArbeiterInnenklasse auf ihn. Die Troika hatte bis zur Wahl auf eine „Exper-

Letta, einem Ex-Christdemokraten in der PD, der ist Neffe von Gianni Letta, welcher wiederum rechte Hand Berlusconi ist. Letta Jr. hat eine Technokraten-Regierung zusammengestellt und mehrere Minister Monti übernommen – auch als Signal an Brüssel. Auch diese Regierung wird neue Kürzungen durchpeitschen.

Das Drama der italienischen ArbeiterInnenklasse ist, dass sie seit dem Niedergang der Rifondazione Comunista (RC) ohne politische Vertretung dasteht. Grillo hatte die Unzufriedenheit über die soziale und politische Situation aufgegriffen und ihr mit der Fünf-Sterne-Bewegung einen Ausdruck gegeben. ArbeiterInnen und große Teile der Mit-

lichung der Banken und Konzerne, Menschen mobilisiert. Aber er hat kein klares Programm, ist nicht einmal klar 'links'. Neben einigen fortschrittlichen Forderungen finden sich auch gewerkschaftsfeindliche Äußerungen. Und den Test nach den Wahlen konnte er nicht bestehen.

Die Episode um die Wiederwahl Napolitanos ist für viele zum Symbol für eine politische Klasse, die Veränderung predigt und Konservierung praktiziert, geworden. Grillo hatte zur Demo aufgerufen, wieder zurückgezogen, neuerlich aufgerufen und letztlich auf die Forderungen der Menschen nach einem Marsch auf die Residenz des Präsidenten geantwortet: „das ist es nicht wert – im Parlament sind wir viele, da

wortung“ haben Industriellenvereinigung, Confindustria und Gewerkschaften einen "Pakt zwischen den Produzenten" geschlossen. Die Hoffnungen liegen nun auf der (kämpferischeren) Metallgewerkschaft FIOM, die den Pakt kritisiert. Sie rief zur landesweiten Demonstration am 18. Mai für das Recht auf Arbeit, Bildung, Gesundheit, soziale Gerechtigkeit und Demokratie auf. Tausende kamen, doch die FIOM-Führung hat keine klare Strategie und droht politisch zwischen Illusionen in das Mitte-links Lager und dem Fehlen einer glaubwürdigen linken Alternative zerrieben zu werden.

Die RC befindet sich in Auflösung. Links von ihr

mokratie selbst, sowie die Welle von Kürzungen der neuen Regierung können dafür sorgen, dass Millionen von Menschen verstehen, dass ihnen nichts bleibt, als zu kämpfen. Es ist nötig mit eigenen Händen wiederaufzubauen, was die FührerInnen der Linken zerstört haben: eine Partei, die fähig ist, den ArbeiterInnen Stimme, Programm und Organisation zu geben.

**Marco Verrugio**, CWI Italien  
[controcorrentesinistraprc.org](http://controcorrentesinistraprc.org)

## Slowenien in der Krise

**Slowenien** gilt als Kandidat für den EU-Rettungsschirm, darum gibt es Sparpakete. Die „Mitte-Rechts“-Regierung wurde Anfang 2013 durch Streiks im Öffentlichen Dienst gegen ihren Sparkurs zu Neuwahlen gezwungen. Die neue „Mitte-Links“-Koalitionsregierung ist nicht links. Das zeigt ihr massives Sparpaket im Umfang von 1 Mrd. € (BIP: 37 Mrd.), das eine Erhöhung der Mehrwertsteuer, Lohnkürzungen im Öffentlichen Dienst sowie eine massive Privatisierungswelle enthält. Die neue Regierung gibt damit den Forderungen der EU nach, doch die Troika will mehr.

Denn Sloweniens Banken sitzen auf faulen Krediten von ca. 7 Mrd. €; die größte Bank Sloweniens (NLB) ist mittlerweile staatsgestützt. Es sind österreichische Unternehmen und Banken, die angesichts der Privatisierungen in den Startlöchern scharren: Verkauft werden sollen u.a. die Nova KBM (zweitgrößte Bank), der größte Telekom-Konzern und Adria Airways. Alle österreichischen Banken sind in Slowenien aktiv. Im September 2012 betrug die österreichischen Investitionen in Slowenien 5,7 Mrd. € – knapp 50 % der dortigen Auslandsinvestitionen. Die Hypo-Alpe-Ad-

ria hat ein umfangreiches Bankengeschäft am Balkan – das der österreichische Staat nun verkaufen soll. Die Kürzungen in Slowenien dienen also auch der Sicherung österreichischer Banken.

Obwohl die Menschen gegen das Sparpaket sind und es schon in der Vergangenheit Proteste gab, haben die Gewerkschaften den Einsparungen zugestimmt. Das Potential für Widerstand ist da: Ende April gingen 1.500 Menschen gegen Korruption auf die Straße – eine Fortsetzung von Protesten, die unter der rechtsgerichteten Regierung ihren vorläufigen Höhepunkt hatten. Die Polizei streikte Ende April gegen die Einsparungen. Auch für Slowenien ist der Aufbau einer kämpferischen Gewerkschaftsopposition und einer Partei nötig, die tatsächlich die Interessen der ArbeitnehmerInnen vertritt und ein sozialistisches Programm gegen die Krise hat: Nichtbezahlung der Schulden, Verstaatlichung des gesamten Bankensektors und der Schlüsselbetriebe unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der ArbeitnehmerInnen und eine demokratisch geplante Wirtschaft mit massiven Investitionen in Gesundheit, Soziales und Bildung.

Laura Rafetseder



## Keine Alternative bei Wahlen

**Pakistan:** Am 11. Mai fanden in Pakistan Wahlen statt. Das Land wurde von einer Serie sektiererischer, religiös und separa-

seit Jahrzehnten ein enges Bündnis mit den lokalen Feudalherren und Clanchefs. Diese garantieren die „richtige“ Stimm-

der Schwesterorganisation der SLP, von sunnitischen Fundamentalisten ermordet. Trotz all dieser Zustände hält die österreichische

### *Auch nach den Wahlen bleibt den verarmten Massen nur der gemeinsame Kampf als Ausweg*

tistisch motivierter, Gewalt und politischen Morden erschüttert. Für die Millionen ArbeiterInnen und im Elend lebenden Bauern/Bäuerinnen ändert sich durch das Wahlergebnis nichts.

Die größten Parteien, Muslimliga und PPP, sind letztlich Varianten des gleichen kapitalistischen und semi-feudalen Systems. Besonders am Land, wo 71 % der Wahlberechtigten leben, haben sie

abgabe, die Parteien sichern ihnen Herrschaft und Profite. Auch der als Hoffnungsträger gefeierte Cricket-Star Imran Khan ist Teil des gleichen, von wenigen Familien kontrollierten Establishments.

V.a. am Land lebt die Mehrheit in Elend. Dazu kommt die Verfolgung von Minderheiten. So wurden Anfang des Jahres drei schiitischstämmige Aktivisten des Socialist Movement Pakistan (SMP),

Regierung Pakistan für sicher genug, um Flüchtlinge dorthin abzuschicken.

Für die pakistanischen Massen kann es in diesem System keine lebenswerte Zukunft geben. Das SMP kämpft vor Ort für den Aufbau einer politischen Alternative sowie für den gemeinsamen Kampf von ArbeiterInnen in Stadt und Land gegen Sektierertum, Ausbeutung und Unterdrückung. **Jan Rybak**

<http://socialistpakistan.org>

Nachrichten aus dem Komitee für eine ArbeiterInnenInternationale (CWI)

## Erster Generalstreik seit 1980

**Sri Lanka:** Am 21. Mai fand ein Streik- und Aktionstag gegen eine massive Erhöhung der Strompreise in Sri Lanka statt – der erste Generalstreik seit 1980. Nicht nur in der „Freihandelszone“, wo linke Gewerkschaften verankert sind, sondern auch im Hochland in den Teeplantagen war der Streik ein Erfolg. 75 % der LehrerInnen beteiligten sich. Nicht nur Polizei und Militär, sondern auch die bürokratischen

Gewerkschaften reagierten mit Repression und Einschüchterung. So war die Beteiligung im Öffentlichen Dienst niedrig. Trotzdem streikten viele ArbeiterInnen zumindest ein paar Stunden und beteiligten sich an den Protestkundgebungen. In Rathmalanna gab es sogar eine Großdemonstration und anschließend eine Versammlung, organisiert von der United Socialist Party (CWI-Sri Lanka).

[www.lankasocialist.com](http://www.lankasocialist.com)

## 1.Mai: Internationaler Kampftag Steuerboykott

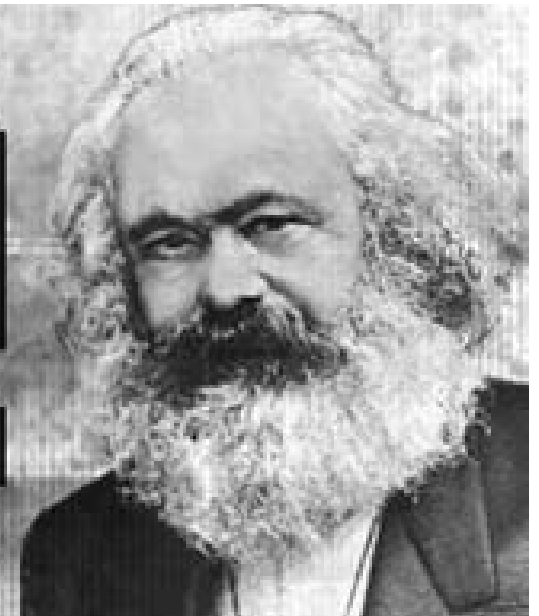
**Weltweit** beteiligte sich das CWI an Aktionen, Demos und Streiks zum 1. Mai. Besonders hervorzuheben sind die neokolonialen Länder: In Nigeria wurden 15 GenossInnen des Democratic Socialist Movement am 1. Mai verhaftet. Die United Socialist Party in Sri Lanka organisierte eine Demo in Colombo, wo TamilInnen und Moslems/Muslimas aus allen Regionen gemeinsam marschierten und zum Streik aufriefen.

1.000 Arbeitnehmer (davon 300 Frauen) nahmen am bis jetzt größten Aufmarsch in Mir Pur Khas (Sindh-Pakistan) teil. Die vom Socialist Movement Pakistan und der Progressive Workers Federation organisierte Demo spiegelte deren Einfluss in aktuellen Kämpfen wider. Auch in Tapei (Taiwan) nahmen GenossInnen an dem 20.000 ArbeiterInnen starken Aufmarsch gegen Pensionskürzungen teil. [www.socialistworld.net](http://www.socialistworld.net)

**Irland:** Paul Murphy von der Socialist Party (CWI-Irland) erklärte im EU-Parlament, dass Irland ein Steuerparadies für Konzerne wie Apple, Google und Facebook ist, die unter 1 % ihrer Profite als Steuern zahlen. Gleichzeitig verordnet die Regierung Massensteuern wie die neue Haushaltssteuer. Er rief zu Boykott und Massenprotesten auf und zerriss sein Haushaltssteuer-Formular. [nohouseholdtax.org](http://nohouseholdtax.org)  
[www.socialistparty.net](http://www.socialistparty.net)

„Nach gleicher oder gar gerechter Entlohnung auf Basis des Lohnsystems rufen, ist dasselbe, wie auf Basis des Systems der Sklaverei nach Freiheit zu rufen. Was ihr für recht oder gerecht erachtet, steht nicht in Frage. Die Frage ist: Was ist bei einem gegebenen Produktionssystem notwendig und unvermeidlich?“

- Karl Marx: Lohn, Preis und Profit, 1865



## Chancen in der Krise nutzen!

**Vorweg:** Ich würde gerne die Frage, ob faire Löhne angesichts der Wirtschaftskrise im Kapitalismus möglich sind, mit einer Gegenfrage beantworten: Bietet nicht gerade auch die globale Banken- und Spekulationskrise die Chance, zentrale Forderungen der ArbeiterInnen- und Gewerkschaftsbewegung wieder verstärkt inhaltlich zu diskutieren und durchzusetzen?

Ich denke da besonders an Fragen der Umverteilung und Solidarität. Wenn ich auf die vergangenen Jahre zurückblicke, dann haben wir hier Fortschritte erzielt. Beispiele:

- Jahrelang haben wir gegen das Spekulantentum eine Finanztransaktionssteuer gefordert. Keine Chance. Nun kommt sie – 11 EU-Länder machen einen Anfang.
- Vermögens-/Reichensteuern und Umverteilung waren ein Tabu. Jetzt wird dieses Thema intensiv diskutiert. „Wer reich ist, soll zahlen“ – dafür findet sich in der Krise eine deutliche Mehrheit von 70 bis 80 Prozent der ÖsterreicherInnen!
- Gleiches gilt für die komplett aus dem Ruder gelaufenen Millionen-Gehälter und –Bonis der Manager. Vorher kein Thema, sind sie jetzt Gegenstand öffentlicher Debatten und Forderungen zur Begrenzung. Die Versuche, die es gab und gibt, die Krise für ein

Lohndumping und den Abbau von sozialen Errungenschaften in der Arbeitswelt zu nutzen, haben das Gegenteil bewirkt: ungerecht verteilter Wohlstand, die Steuerflucht und die Gehaltsexzesse der Konzernchefs sind zum Thema geworden.

Die daraus resultierende Forderung ist eindeutig und klar: Umverteilung! Die Reichen (steuerlich) mehr belasten und die Arbeit entlasten – das ist angesichts der enormen Belastung des Faktors Arbeit auch dringend notwendig. Für faire Löhne müssen die kalte Progression abgestellt und die (Eingangs-) Steuersätze deutlich abgesenkt werden. Darüber hinaus brauchen wir auch eine Wertschöpfungsabgabe, wie sie bereits 1983 der damalige Sozialminister Alfred Dallinger als „Maschinensteuer“ gefordert hat.

In diesem Sinne sind faire Löhne, von denen die Menschen tatsächlich auch leben und ihre Zukunft planen und gestalten können, sicherlich noch nicht erreicht. Das wird, wie die in den letzten Jahren härter gewordenen KV-Verhandlungen deutlich zeigen, auch nicht leicht. Im Gegenteil: Wir müssen in Zukunft dafür ausdauernd und vor allem härter kämpfen.

**Manuela Auer,**

AK-Vizepräs. in Vorarlberg (FSG), Landesgeschäftsführerin ÖGB, Initiatorin der Online-Petition „Stopp die Abzockerei!“ [www.stopp-die-abzockerei.at](http://www.stopp-die-abzockerei.at)

# Faire Löhne?

**Der ÖGB argumentiert** in KV-Verhandlungen, dass „faire Löhne“ notwendig sind. Doch was bedeuten „faire Löhne“ im Kapitalismus und sind diese angesichts der Wirtschaftskrise überhaupt möglich? Ein Pro & Contra zwischen *Manuela Auer*, Landesgeschäftsführerin des ÖGB-Vorarlberg und *Helga Schröder* von der SLP.

## Fairness im Kapitalismus?

**Vermögen** ist in Österreich fast unbesteuert. Die Lohnsteuereinnahmen sind 1992–2011 um 110 % gestiegen, Einnahmen aus Unternehmenssteuern nur um 58 %. Hinzu kommen Massen- und Konsumsteuern, die NiedriglohnbezieherInnen extrem belasten, Unternehmen und Reiche extrem begünstigen und damit für eine faktische Umverteilung von unten nach oben sorgen. ArbeiterInnen sind in jeder Hinsicht stärker belastet als Vermögende und Unternehmen. Das gehört umgedreht!

Vermögens- und Finanztransaktionssteuern sind gut, aber zu wenig, wenn gleichzeitig Lohnabschlüsse zu Reallohnverlusten führen und mit prekären Beschäftigungsverhältnissen, Leiharbeit und Rassismus Lohndumping ermöglicht wird. Deshalb ist es gut, wenn GewerkschafterInnen klare Worte dazu finden. Das gestiegene Bewusstsein für schreiende Einkommensungerechtigkeit muss aber genutzt und in organisierten Kampfmaßnahmen ma-

terialisiert werden. Forderungen nach Umverteilung müssen mit Strategien für ihre Durchsetzung befüllt werden, um nicht zu verhallen. Unternehmen werden keine höheren Löhne zahlen, weil wir sie bitten, fair zu sein. PolitikerInnen, die sich gut-bezahlte Jobs in Konzernen für die Zeit nach ihrer politischen Karriere sichern wollen, werden keine Gesetze verabschieden, die ManagerInnengehälter und Boni begrenzen.

In Kampagnen und Forderungen von Gewerkschaften wird oft mit Wirtschaftswachstum und Kaufkraft argumentiert. Das zieht nicht, weil zwar in Summe höhere Löhne die Kaufkraft stärken, jedes einzelne Unternehmen aber wettbewerbsfähig bleiben und Kosten reduzieren will bzw. muss. Die einzelnen Unternehmen müssen v.a. in der Krise die Ausbeutungsrate erhöhen. Aus kapitalistischer Sicht ist das vernünftig und nicht "unfair". Auch haben Zugeständnisse in Zeiten eines Aufschwungs nichts mit Fairness zu tun. So

funktioniert Kapitalismus. Höhere Löhne und ein Schließen der weit offenen Einkommensschere müssen erkämpft werden. Der Ruf nach Fairness allein bleibt ein Verzweiflungsakt. Wirklich fair können Löhne letztlich im Kapitalismus nicht werden, weil diejenigen, die den Profit erarbeiten, immer nur einen (in der Höhe schwankenden) Teil der von ihnen geschaffenen Werte bekommen.

Umso wichtiger und besser ist es, wenn GewerkschafterInnen für höhere Löhne und Umverteilung eintreten. Um das zu erreichen, führt aber kein Weg an Organisierung in Betrieben, Einbeziehung aller ArbeiterInnen und auch Erwerbsloser und vor allem an gewerkschaftlichen Kampfmaßnahmen wie Streiks vorbei.

**Helga Schröder,**

Mitglied des Bundesvorstands der Sozialistischen Linkspartei

# SLP-Programm genau erklärt:

**Statt Verstaatlichung der Verluste und Privatisierung der Gewinne: echte Verstaatlichung der Banken – ohne Wieder-Privatisierung der profitablen Teile – unter Kontrolle und Verwaltung**

Verstaatlichungen im Interesse der Bevölkerung. Die Verluste wurden in „Bad Banks“ ausgelagert, während die gesunden, profitablen Teile später wieder privatisiert werden sollten. Das soll nach Vor-

echte Verstaatlichung unter Kontrolle und Verwaltung von Beschäftigten, KundInnen und ArbeiterInnenorganisationen. Keine Kompensationszahlungen an die reichen EigentümerInnen und Verstaatlichung auch der profitablen Teile der Bank. Offenlegung der Bücher – wohin sind die Gewinne der letzten Perioden geflossen? Dieses Geld muss verwendet werden, um die Einlagen der kleinen SpargerInnen zu sichern. Kein Cent für SpekulantInnen! Das bedeutet, dass es demokratische Strukturen der ArbeitnehmerInnen geben muss, die gemeinsam entscheiden, wie zum Wohl der Gesellschaft und nicht für Profite gewirtschaftet wird.

**Webtipp:**

[www.slp.at/artikel+M533c8636c6b.html](http://www.slp.at/artikel+M533c8636c6b.html)

## Verstaatlichung der Banken unter demokratischer Kontrolle

**der Beschäftigten. Keine Kompensation an die Eigentümer. Anstatt zur Profitmaximierung müssen die Banken im Interesse der ArbeitnehmerInnen geführt werden.**

Seit der Krise 2008/9 musste Österreich mehrere Banken notverstaatlichen. Bei diesen „Verstaatlichungen“ handelt es sich um Sanierungen der Banken auf Kosten der Steuerzahler und nicht um echte

gabe der EU-Kommission nun passieren. Die Kosten der diversen Formen der Bankenrettung soll überall die ArbeiterInnenklasse zahlen.

Wir haben es nicht mit dem Versagen einzelner BankmanagerInnen oder einzelner Banken zu tun. Versagt hat das kapitalistische Bankensystem als solches. Darum müssen alle Banken dauerhaft verstaatlicht werden. Eine

## Die Idee hatte ich schon ...

Ich interessiere mich seit 14 Jahren für Politik. Anfangs noch zögernd und ziellos, war für mich einfach „das System“ falsch. Erst später machte ich mir Gedanken über Alternativen. Die Idee hatte ich schon, mir fehlten noch die Worte.

Auf die SLP wurde ich durch einen Flyer an meiner Schule über eine Demo gegen die FPÖ aufmerksam. Das hatte ich mir schon lange gewünscht, so besuchte ich gleich das

Treffen. Dort machte man mich mit Zielen und Plänen der SLP bekannt. Da bemerkte ich, dass dies auch meine Ideen waren, die ich bis dato nur nicht richtig beschreiben konnte. Ich trat bei, da ich die SLP auch aktiv unterstützen wollte.

Die SLP ist für mich die einzig logische Alternative. Sie bietet Lösungen für die soziale Misere. Als Teil eines internationalen Komitees setzen

wir uns für die Einheit der ArbeiterInnenklasse ein, egal ob „In- oder Ausländer“, Frau oder Mann. Ihr kämpferisches Selbstverständnis macht sie zu einer Partei zum Mitmachen und motiviert die Menschen, für ihre Rechte zu kämpfen.

Ich kann nur allen empfehlen, der SLP beizutreten oder zumindest aktiv zu werden. Denn die SLP hat Zukunft!

**Dominik Unter, Linz**

## Überfällige digitale Revolution: Neustart für die SLP-Website

Mitte Juni startet die neue Website der SLP. Seit 14 Jahren hat uns die Internetseite in ihrer jetzigen Form begleitet. Über 1.600 Artikel wurden hochgeladen, zusätzlich alle Zeitungen seit 1983. Inzwischen ist sie etwas unübersichtlich geworden. Unsere wichtigsten Kampagnen und neuen Artikel sind ab jetzt in einem Schaukasten direkt verfügbar. Aktionsberichte haben ihren festen Platz auf der Startseite und geben einen Überblick

über unsere Arbeit. Grasser ließ sich eine Website um 283.424 von der Industriellenvereinigung sponsern. Entsprechend seine Politik. Machen Sie sich selbst ein Bild auf [slp.at](http://slp.at) über unsere Arbeit und dann spenden sie direkt auf unserer neuen sozialistischen Website!



**Spenden für die SLP ab Mitte Juni online auf [www.slp.at](http://www.slp.at) oder weiterhin auf:**

PSK 8812.733 | BLZ 60.000  
IBAN: AT256000000008812733 | BIC: OPSKATWW

## Die SLP-Treffpunkte

### GMUNDEN

**SLP-Ortsgruppe**  
jeweils Montag, 18<sup>00</sup> Uhr  
im 'Wiener Café'  
Esplanade Gmunden

### GRAZ

**SLP-Ortsgruppe**  
jeweils Mittwoch, 18<sup>00</sup> Uhr  
im 'Stockwerk'  
Jakominiplatz 18

### LINZ

**SLP-Ortsgruppe**  
jeweils Montag, 18<sup>30</sup> Uhr  
im 'Alte Welt', Hauptplatz 4

### SALZBURG-STADT

**SLP-Ortsgruppe**  
jeweils Dienstag, 19<sup>00</sup> Uhr  
im 'Shakespeare'  
Hubert-Sattler-Gasse 3  
Nähe Mirabellplatz

Kein SLP-Treffen in der Nähe?  
Wir helfen Dir beim Aufbau!

### NIEDERÖSTERREICH

**unregelmäßige Treffen**  
Infos per E-Mail [slp@slp.at](mailto:slp@slp.at)

### WIEN

**SLP-Ortsgruppe**  
jeweils Dienstag, 18<sup>30</sup> Uhr  
in der 'Pizzeria La Piazza'  
20., Gausplatz 7  
Linie 31; Linie 5A – Gausplatz  
bzw. Nähe U4 Friedensbrücke

**SLP-Unigruppe**  
jeweils Dienstag, 19<sup>00</sup> Uhr  
im 'Café Safran', Hinterzimmer  
4., Gusshausstraße 20  
U1 / U2 / U4 Karlsplatz

**SLP-Ortsgruppe**  
jeweils Mittwoch, 18<sup>30</sup> Uhr  
im 'Gasthaus Zypresse'  
7., Westbahnstraße 35A  
U6 Burggasse; Linie 5

Zahlreiche Termine und  
Veranstaltungshinweise  
auf [www.slp.at](http://www.slp.at)

## Andere über uns



„FPÖ-TV“ – das sind rechts-extreme Pseudonachrichten, die Youtube verschmutzen. In einer aktuellen Folge versuchen sie, die Grünen als „links-extreme Demonstranten“ darzustellen – dafür fehlte aber Bildmaterial (warum wohl?). Stattdessen werden Demoblocks der SLP gezeigt. Im Gegensatz zu den Grünen sind wir auf der Straße gegen die FPÖ aktiv. Die FPÖ schafft es nicht einmal, simple Fakten korrekt wiederzugeben.

## VORWÄRTS

Die sozialistische Zeitung seit 1983

seit September 2011:

Neues, handliches Format

Neues, modernes Design

Mehr Berichte & Analysen aus sozialistischer Sicht

Jahres-Abo (10 Ausgaben)

€ 24,- Normal-Abo

€ 14,- Sozial-Abo für Menschen ohne eigenem Einkommen

ab € 7,-/Monat: **Alles inklusive Abo** (alle Publikationen der SLP)



**VORWÄRTS Jetzt abonnieren: [www.slp.at](http://www.slp.at)**

Abo-Zahlungen & Spenden: PSK (BLZ 60 000) Kto-Nr. 8812.733



Linz: Erster Mai - strachefrei!

Mehr auf Seite 5

# Krise international bekämpfen!

„Zurück zum Schilling“ ist auch keine Lösung.

Laut der Trendstudie „Eyes on Europe“ hat der Euro in Österreich massiv an Popularität verloren – Nur jedeR Dritte steht hinter der Währung. Das ist verständlich: Der Euro war von Anfang an ein Projekt v.a. des deutschen und französischen Kapitals, die ihre Vormachtstellung ausbauen wollten. Die unausweichliche Wirtschaftskrise wurde durch den Euro noch verstärkt – jetzt reißen die Gräben zwischen den konkurrieren-

den Nationalstaaten wieder auf. Angesichts dessen wird sowohl von rechter (FPÖ, Stronach) als auch von „linker“ (Lafontaine von der deutschen Linkspartei) Seite der Ruf „Raus aus dem Euro!“ laut. Die SLP war gegen den Beitritt Österreichs zu EU und Euro. Aber die Forderung, jetzt zu Nationalwährungen und (pseudo-)unabhängigen Nationalstaaten zurückzukehren, löst gar nichts: Österreich kann sich nicht „ausklinken“; dafür ist die Wirt-

schaft zu schwach und international verflochten und die Krise zu allumfassend. Rechte und „Linke“, die Illusionen in nationale Lösungen schüren, ignorieren die Ursache für die Krise: den Kapitalismus selbst! Das heimische Kapital ist kein Bündnispartner – sondern die Millionen ArbeiterInnen Europas, die unter der Krise leiden und gegen sie kämpfen. Für ein vereinigtes sozialistisches Europa!

Sebastian Kugler



Die Sozialistische Linkspartei Wofür wir stehen!

- > Schluss mit Arbeitslosigkeit, Lohnkürzung & Schikanen gegen Arbeitslose. Mindestlohn & Mindestpension von 1.200 Euro netto & Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche – d.h. Verteilung der vorhandenen Arbeit auf Alle bei vollem Lohn. Unbefristetes Arbeitslosengeld und Pension dürfen nicht unter dem Mindestlohn liegen.
- > Kapitalismus bringt immer wieder Krisen! Statt Subventionen aus unseren Steuern für Banken & Konzerne wollen wir ein öffentliches Investitionsprogramm bei Gesundheit, Bildung, Wohnen, Umwelt & Verkehr.
- > Der Kampf für Frauenrechte ist für uns Teil des Kampfes für eine sozialistische Gesellschaft! Für eine gerechte Entlohnung und Verteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit! Flächendeckende kostenlose Betreuung von Kindern und Pflegebedürftigen durch bezahlte Fachkräfte. Schluss mit Sexismus und Gewalt gegen Frauen!
- > Wir mobilisieren gegen die Angriffe der radikalen Abtreibungsgegner auf das Selbstbestimmungsrecht von Frauen! Möglichkeit auf kostenlosen Schwangerschaftsabbruch in öffentlichen Spitälern in allen Bundesländern.
- > Schluss mit rassistischen Gesetzen und Abschiebungen! MigrantInnen sind nicht die Ursache für soziale Probleme. Gemeinsamer Kampf von ÖsterreicherInnen und MigrantInnen für die volle rechtliche, politische und soziale Gleichstellung aller hier lebenden Menschen.

- > Die Jugend braucht eine Zukunft. Statt Kürzungen und Privatisierung mehr Geld für Bildung, die sich nicht an den Interessen der Wirtschaft orientiert, sondern kritische und selbständige Menschen zum Ziel hat. Ausreichend Lehrstellen & Jobs, von denen man leben kann, leistbare Wohnungen und Freizeiteinrichtungen ohne Konsumzwang.
- > Schluss mit der Diskriminierung, Stigmatisierung und Behinderung von Menschen mit besonderen Bedürfnissen. Für das Recht auf Selbstorganisation und Selbstbestimmung.
- > Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben, Transgenderpersonen & Bisexuelle
- > Nein zu polizeistaatlichen Methoden und privaten Sicherheitsdiensten, die nur die Interessen des Kapitals schützen. Statt auf Überwachungsstaat und Aufrüstung setzen wir auf soziale Sicherheit. Keine Kooperation & kein Beitritt zu einem Militärbündnis.
- > Sozialpartnerschaft bedeutet besonders heute Verschlechterungen. Statt Privilegien und Bürokratie im ÖGB für kämpferische und demokratische Gewerkschaften.
- > Faschistische und rechtsextreme Organisation wie BFJ, NVP & auch die FPÖ sind eine reale Bedrohung für MigrantInnen, GewerkschafterInnen & Linke. Dagegen braucht es entschlossenen Widerstand und den Aufbau einer politischen Alternative!
- > SPÖ und Grüne sind diese Alternative nicht. Sie können die rechte Gefahr nicht stoppen. Wir wollen keine StellvertreterInnenpolitik,

- sondern wir brauchen eine neue starke, kämpferische sozialistische Partei für ArbeiterInnen, Arbeitslose & Jugendliche, deren VertreterInnen keine Privilegien haben.
- > Hunger, Krieg, Armut & Verschuldung sind die Folge imperialistischer, neokolonialer Politik. Für internationale Solidarität & Zusammenarbeit der ArbeiterInnenbewegung.
- > Keine Privatisierung der Gewinne und Verstaatlichung der Verluste. Es reicht nicht, die Finanzmärkte zu regulieren und internationale Institutionen wie EU, IWF & Weltbank zu reformieren. Wir brauchen eine echte Alternative zum Kapitalismus. Darum sind wir für die Überführung der Banken & Konzerne in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle & Verwaltung der Beschäftigten und der Gesellschaft.
- > Kapitalismus bedeutet Umweltzerstörung und Chaos. Nachhaltigkeit und Wohlstand durch eine demokratisch geplante Wirtschaft, die von gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht von Aktienkursen & Profiten bestimmt wird.
- > Eine revolutionäre Veränderung ist notwendig. Lediglich Reformen führen zu keinen grundlegenden Verbesserungen. Die ArbeiterInnenbewegung & die Jugend sind Kräfte, die den Bruch mit dem Kapitalismus & eine demokratische, sozialistische Gesellschaft erkämpfen können.